

Eilfort, Michael

**Research Report**

## Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Zeitthemen, No. 01

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

*Suggested Citation:* Eilfort, Michael (2017) : Demographie als Herausforderung für die Demokratie, Zeitthemen, No. 01, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/215491>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Michael Eilfort



# Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Michael Eilfort

Vorwort	03
<b>1</b> Verfestigtes Phänomen: Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter	04
<b>2</b> Demographie als Herausforderung: Die alternde Republik	06
<b>3</b> Demokratie als Gerontokratie? Die Wähler-Mehrheit über 55 steht	08
<b>4</b> Zunehmende Versteinerung? Deutschland sieht besonders und anders alt aus	12
<b>4.1</b> Weniger Innovation und Dynamik: Veränderungsaverse Ältere?	13
<b>4.2</b> Infrastruktur: Betagte Wutbürger gegen Bauprojekte	15
<b>4.3</b> Politische Kultur und Veränderungsblockade: Stillstand als Staatsziel?	17
<b>5</b> Wahlkampfprioritäten: Rente, Rente, Rente, Sicherheit?	20
<b>6</b> Generationengerechtigkeit als wachsende demokratische Herausforderung	31
<b>7</b> Ausblick	34
Literatur	38
Zusammenfassung	39

## Zeitthemen

© 2017, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 206057-0, Telefax: +49 (0)30 206057-57  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

## Vorwort

Demographie bzw. die demographische Entwicklung stellt die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rentenversicherung, und die öffentlichen Haushalte auf den Prüfstand. Sie verändert gesellschaftliches Zusammenleben und das Wirtschaften. All dies konnte man in Deutschland spätestens seit Ende der 1970er Jahre wissen – wollte man aber lange nicht.

Seit den 1980er Jahren ging in Deutschland flächendeckend die Beteiligung bei allen Wahlen zurück. Das wurde durchaus wahrgenommen und unter anderem mit dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ diskutiert. Weniger gesehen wurde, dass die Abnahme des Wahlengagements bei den sich ohnehin traditionell auf einem niedrigeren Beteiligungsniveau bewegendem Jüngeren noch stärker erfolgte als bei älteren Jahrgängen.

Bereits in den 1990er Jahren war in einem alternden Land, in dem Ältere zudem eher zur Wahl gehen, absehbar, dass kommende Wahlen in immer stärkerem Maß durch Bürger entschieden würden, die entweder schon im Ruhestand leben oder nicht weit davon entfernt sind. Es gab Hinweise darauf, dass Rentengeschenke sich an den Wahlurnen eher auszahlen als Zukunftsinvestitionen.

In den 2000er Jahren wurde über Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit auch in einem ökonomisch-fiskalischen Verständnis, für das die Stiftung Marktwirtschaft seit langem wirbt, erstmals breiter diskutiert. Über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg arbeiteten meist jüngere Politiker zusammen. Kommissionen gaben Rat, Bundesregierungen präsentierten Konzepte, der Deutsche Bundestag beschloss wegweisende, einzelne Reformschritte.

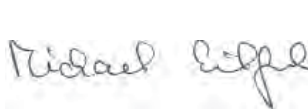
Regierungen und Parlamente beschlossen aber nicht nur Wegweisendes. Spätestens mit dem Bundestagswahlkampf 2013, der Mutter aller Rentenkampagnen, und mit den in der Folge umgesetzten „Segnungen“ wurde deutlich, wie sehr sich besonders die Volksparteien in Deutschland auf die Kernklientel älterer Bürger ausgerichtet haben, die in erster Linie über ihr Wohl und Wehe befindet.

Die demographische Entwicklung geht unerbittlich und mindestens mittelfristig unabänderlich weiter. Schon im September 2017 könnte, spätestens bei der Bundestagswahl 2021 dürfte mehr als die Hälfte der Wähler über 55 Jahre alt sein. Eine Ahnung davon, dass dies auch andere Folgen haben könnte als teure Wahlkampfversprechen für Rentner, vermittelten 2016 die jeweils von Älteren entschiedenen Abstimmungen zum „Brexit“ im Vereinigten Königreich und über den Präsidenten in den Vereinigten Staaten: Demographie als Herausforderung für die Demokratie – und dies in besonderer Weise dann, wenn die ohnehin schrumpfende Bevölkerungsgruppe der Jüngeren ihre Stimme nicht erhebt bzw. nicht wählt.

Deutschland geht es 2017 ausgesprochen gut. Insbesondere der Staat profitiert von guter Konjunktur, Niedrigzinsen und einer „demographischen Atempause“ mit Baby-Boomern auf dem Höhepunkt ihres Schaffens. Selbst wenn die Konjunktur und die Niedrigzinsen anhalten, kommt aber auf die Haushalte in Bund und Ländern ein Engpass in Form des Flaschenhalses ab 2020 zu – mit den von der Großen Koalition 2013 bis 2017 beschlossenen strukturellen Mehrausgaben, mit durch einen „demographischen Sprung“ bedingten hohen Mehraufwendungen für den Bundeszuschuss in die Rentenversicherung, für Gesundheit und Pflege und für Pensionslasten vornehmlich in den Ländern.

Mit dieser Publikation soll nicht in (oberflächlich) guter Zeit schlechte Laune verbreitet werden. Es geht darum, vorsorgend Aufmerksamkeit zu erzeugen, der Neigung zu kurzatmigen politischen Handlungen entgegenzuwirken, für mehr Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und politisches Engagement zu werben, im letzten Fall mindestens durch die Teilnahme an Wahlen:

- In den kommenden Jahren bedarf es einiger Veränderungen, um die Rente auf einem auskömmlichen Niveau als sicher und zukunftsfest ansehen zu können. Diese gelingen nur, wenn Fakten ehrlich und transparent auf den Tisch gelegt und Konsequenzen miteinander, nicht gegeneinander diskutiert und entschieden werden.
- Wer seine Rente verdient hat, hat sie auch verdient: Es geht nicht um Eingriffe in berechnete Ansprüche heutiger Rentner. Aber auch zukünftige Rentnergenerationen, die heute im Umlageverfahren und über Steuern die Rente mitfinanzieren, müssen eine Aussicht auf eine ansprechende und auch im Verhältnis zu ihrer Leistung stehende Rente über die staatliche Rentenpflichtversicherung haben.
- Wenige bedauerliche Ausnahmen widersprechen nicht der Regel: Keiner Rentnergeneration in Deutschland ging es je so gut wie der heutigen. Altersarmut ist insgesamt kein Problem, könnte es aber nach 2030 werden. Politische Priorität sollte deshalb das präventive Nachdenken über die Zukunft haben, nicht das breite Streuen zusätzlicher Wohltaten in der Gegenwart.
- Je mehr über diese Themen – auch in den Familien – gesprochen wird, desto weniger tragen eindimensionale Wahlkampfversprechen wie 2013 nach dem Motto „Freibier für alle Älteren“ – denn genau diese Älteren sind keine Egomane, sondern meistens Eltern und Großeltern, denen das Wohl ihrer Kinder und Enkel am Herzen liegt.



Prof. Dr. Michael Eilfort  
Vorstand  
der Stiftung Marktwirtschaft



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen  
Vorstand  
der Stiftung Marktwirtschaft

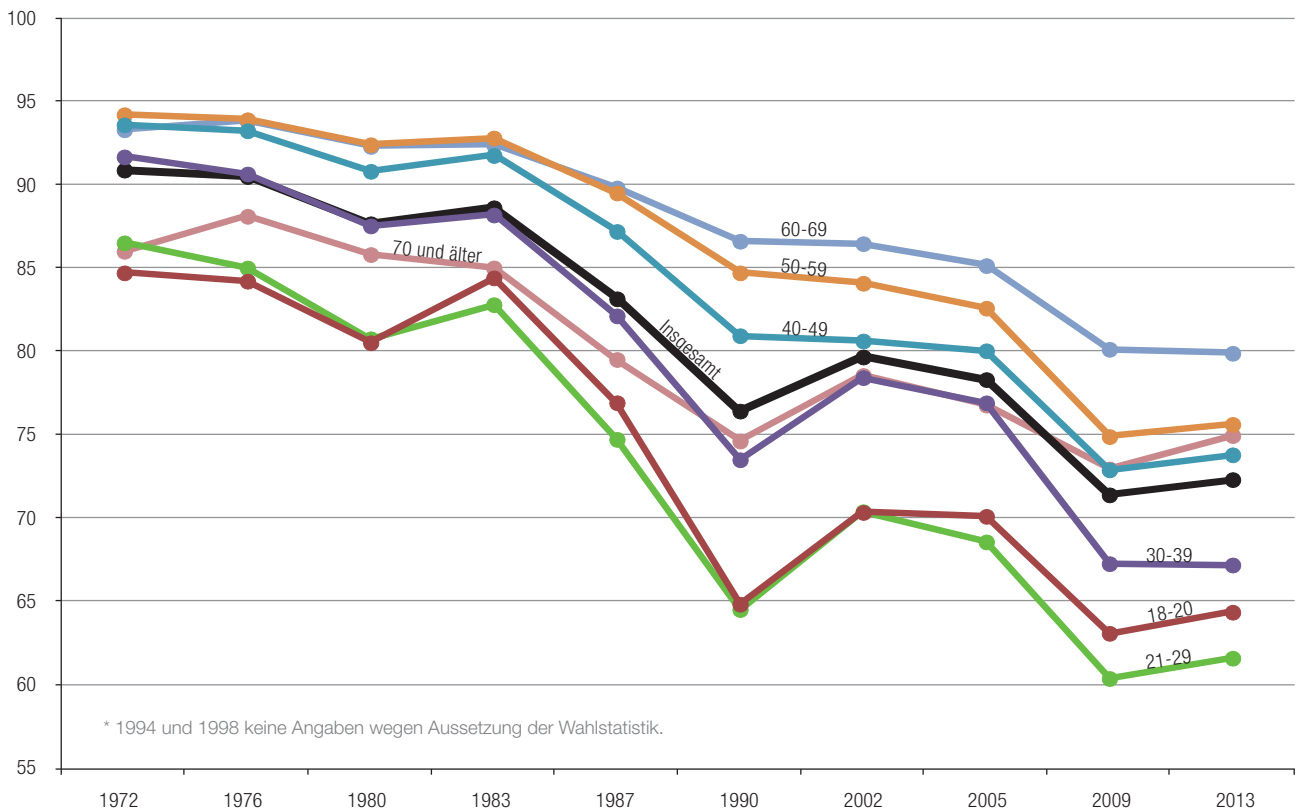
## I Verfestigtes Phänomen: Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter

In Deutschland ist in besonders ausgeprägtem Maße ein starker Zusammenhang zwischen der Neigung zur Beteiligung an Wahlen und dem Alter zu beobachten. Die Korrelation zeigt sich wesentlich ausgeprägter als diejenige z.B. zwischen Geschlecht oder Konfession und Wahlbeteiligung. Diese Tradition oder Regel ist nicht neu: Wahlbeteiligung nimmt mit dem Alter stetig zu, erreicht ihren Gipfel bei den 60- bis 70-Jährigen und fällt dann wieder leicht ab. Das „gilt auch unabhängig von der an einem bestimmten Wahltag erreichten Beteiligung und der Wahlart ... , zeigt sich in gleicher Weise und nur auf unterschiedlichem Niveau bei den Bundestagswahlen seit 1949, bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen.“<sup>1</sup>

Das Phänomen als solches ist auf der einen Seite verfestigt, auf der anderen aber lässt sich in seiner Erscheinungsform mit dem allgemeinen Rückgang der Beteiligung bei Wahlen in Deutschland seit dem Ende der 1970er Jahre eine gewisse Dynamik beobachten: Zwischen der wahlfaulsten Altersgruppe und der engagiertesten Alterskohorte lagen bei der Bundestagswahl 1972 (Rekordbeteiligung von 91 Prozent) weniger als 10 Prozentpunkte Differenz in der Beteiligung. 2013 dagegen war, auf deutlich niedrigerem Gesamtniveau (Beteiligung im Schnitt 71,5 Prozent), der Unterschied doppelt so groß: Zwischen den besonders lethargischen 21- bis 24-Jährigen (60,3 Prozent) und den stets besonders eifrigen 60- bis 70-Jährigen (79,8 Prozent) lagen knapp 20 Punkte Differenz.

### Wahlbeteiligung nach Altersgruppen in Prozent der Wahlberechtigten, Bundestagswahlen 1972–2013

Quellen: Der Bundeswahlleiter (2014, 2015), eigene Berechnungen.



1 Eilfort (1994); vgl. zu den Wahlergebnissen seitdem: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Statistisches Bundesamt), die Statistischen Landesämter oder die zusammenfassende Darstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung ab 1972 bzw. ab 1990 auch für die neuen Bundesländer: [www.kas.de/wf/de/71.3709/](http://www.kas.de/wf/de/71.3709/).

Auch in anderer Hinsicht sind die Unterschiede zwischen den Generationen noch gewachsen. Die Beteiligung der über 70-Jährigen lag bis zur Bundestagswahl 2005 stets unter dem durchschnittlichen Wahlengagement, 2009 und noch stärker 2013 aber darüber: Die Erklärung zurückgehenden Wahleifers bei Höherbetagten, eine Mischung aus Gebrechlichkeit und Vereinsamung, dürfte grundsätzlich nach wie vor greifen, jedoch die entsprechende Altersgrenze im Zeitalter der heute „jüngergebliebenen“ Senioren deutlich nach hinten verschoben sein.

*„Ich denke niemals an die Zukunft.  
Sie kommt früh genug.“*

Albert Einstein

Der Satz von Albert Einstein stellt – wohl eher ungewollt – eine Erklärung für die größere Enthaltensamkeit Jüngerer an den Urnen dar. Ab circa 25 Jahren nimmt die Neigung zur Beteiligung mit steigendem Alter fast kontinuierlich zu – so, wie quasi automatisch das Denken an die eigene Zukunft und die des Gemeinwesens, nämlich mit der Berufstätigkeit und dem Zahlen von Steuern, vielleicht mit Familiengründung und Hausbau, mit Sorgen um Sicherheit und erreichte Besitzstände ebenfalls steigt.

In jungen Jahren dagegen hält sich in vielen Fällen nicht nur das Interesse an Politik in engeren Grenzen, auch andere, teilweise sehr profane Gründe halten vom Wahlgang ab, z.B. seit einiger Zeit vermehrt bei Studierenden: Wegen der Vorteile, die höhere Einwohnerzahlen u.a. beim Steueraufkommen mit sich bringen, drängten Hochschulstädte die Studierenden immer stärker zur Anmeldung des Erstwohnsitzes am Studienort. Dort sind sie also wahlberechtigt, aber am Wochenende oft nicht anwesend – besonders selten bei Bundestagswahlen in der vorlesungsfreien Zeit. Nicht jeder wird dann entschlossen zum Briefwähler. Auch zwei wesentliche Ursachen der seit den hochpolitisierten 1970er Jahren zurückgehenden allgemeinen Wahlbeteiligung – ohne dass man deshalb sofort von einer Krise des politischen Systems sprechen müsste – treffen bei jüngeren

Menschen vermehrt zu: Zum einen wird die Wahlteilnahme kaum noch als Bürgerpflicht verstanden, haben im Rahmen des Wertewandels Pflichtwerte an Bedeutung verloren und Selbstentfaltung und Individualität an Bedeutung gewonnen. Zum anderen nehmen seit Jahrzehnten gesellschaftliche Bindungen ab. Politische Partizipation aber hängt an Integration, und die ist über Jahrzehnte gesunken: Je weniger Einbindung in Familie, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und anderen Organisationen, desto weniger wird an die Wahl erinnert, Interesse geweckt und „politisiert“.<sup>2</sup>

Eine kleine Ausnahme findet sich allerdings von der Regel der bis zum 70. Lebensjahr kontinuierlich steigenden Beteiligungsneigung: Bei Erstwählern, also 18- bis 21-Jährigen, liegt die Beteiligung etwas höher als in der folgenden Altersgruppe. Erklärbar ist das sowohl mit dem „Reiz des Neuen“ als auch in vielen Fällen mit starker „sozialer Kontrolle“: Erstwähler wohnen häufig noch im Elternhaus und tauchen dann, „ermutigt“ durch ihre trotz Volljährigkeit mindestens implizit noch Erziehungsberechtigten, im Regelfall auch gemeinsam mit diesen im Wahllokal auf. Nur ausgerechnet bei der Bundestagswahl 1972 waren die jüngsten Wahlberechtigten mit die wahlfaulsten, obwohl diejenigen, die „mehr Demokratie wagen“ wollten, geglaubt hatten, dass 1970 mit der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre ein Ventil für die größere Protestneigung Jüngerer und die Voraussetzung für bleibend höheres politisches Engagement geschaffen worden sei. Jahre bzw. Jahrzehnte später, als in einigen Bundesländern für Landtags- und Kommunalwahlen das Wahlalter noch weiter abgesenkt wurde, sollte sich im Hinblick auf die damit vornehmlich angestrebte nachhaltige Erhöhung der Wahlbeteiligungsneigung zeigen: Der Effekt ist unter dem Strich zu vernachlässigen, der „Reiz des Neuen“ kommt früher und verfliegt entsprechend vorgezogen.

Wer bejaht, dass ein höheres Wahlengagement Jüngerer wünschenswert ist, muss sie anders erreichen als nur durch Drehen an der Schraube des Wahlalters. Und auch die institutionalisierte politische Bildung durch staatliche Einrichtungen wie die Bundeszentrale für politische Bildung oder durch den Schulunterricht hat bislang wenig an einer größeren politischen Passivität der Jüngeren geändert, die schon seit der Weimarer Republik auffällt.

2 Vgl. Eilfort (2013) und Güllner (2013) zu demoskopisch gemessenen Folgen des Wertewandels und mangelnder Wahlmotivation: Als Gründe für Wahlenthaltung wurden in einer forsa-Untersuchung für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Jüngeren wesentlich stärker als bei Älteren Urlaub, Wetter und ein weiter Weg zum Wahllokal thematisiert, wie schon bei der Stuttgarter Nichtwähleruntersuchung 1990/1991 – allerdings jeweils in sehr niedrigen Fallzahlen; vgl. Eilfort (1994).

## 2 Demographie als Herausforderung: Die alternde Republik

Mit der von der Bundesregierung 2015 beschlossenen Demographie-Strategie „Jedes Alter zählt“ und dem Demographie-Gipfel im März 2017 wurde regierungsamtlich unterstrichen: Deutschland wird, erstens, älter. Dies könnte, zweitens, eine Herausforderung, wenn nicht ein Problem darstellen – wenngleich eines der schöneren Sorte: Wir dürfen und sollten uns vor allem darüber freuen, dass, um ein Bonmot aufzugreifen, das Leben der Menschen in Deutschland in vielen Fällen nicht nur mehr Jahre aufweist, sondern in diesen höheren Lebensjahren auch mehr Leben und Lebensqualität mit sich bringt.

Ein relativ kontinuierlicher Rückgang der von einer Frau im Durchschnitt zur Welt gebrachten Kinder war in Deutschland schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Insofern stellt eher die demographische Sonderkonstellation der 1960er Jahre mit den geburtenstarken Jahrgängen die Ausnahme dar als das Absinken der Geburtenraten seit den

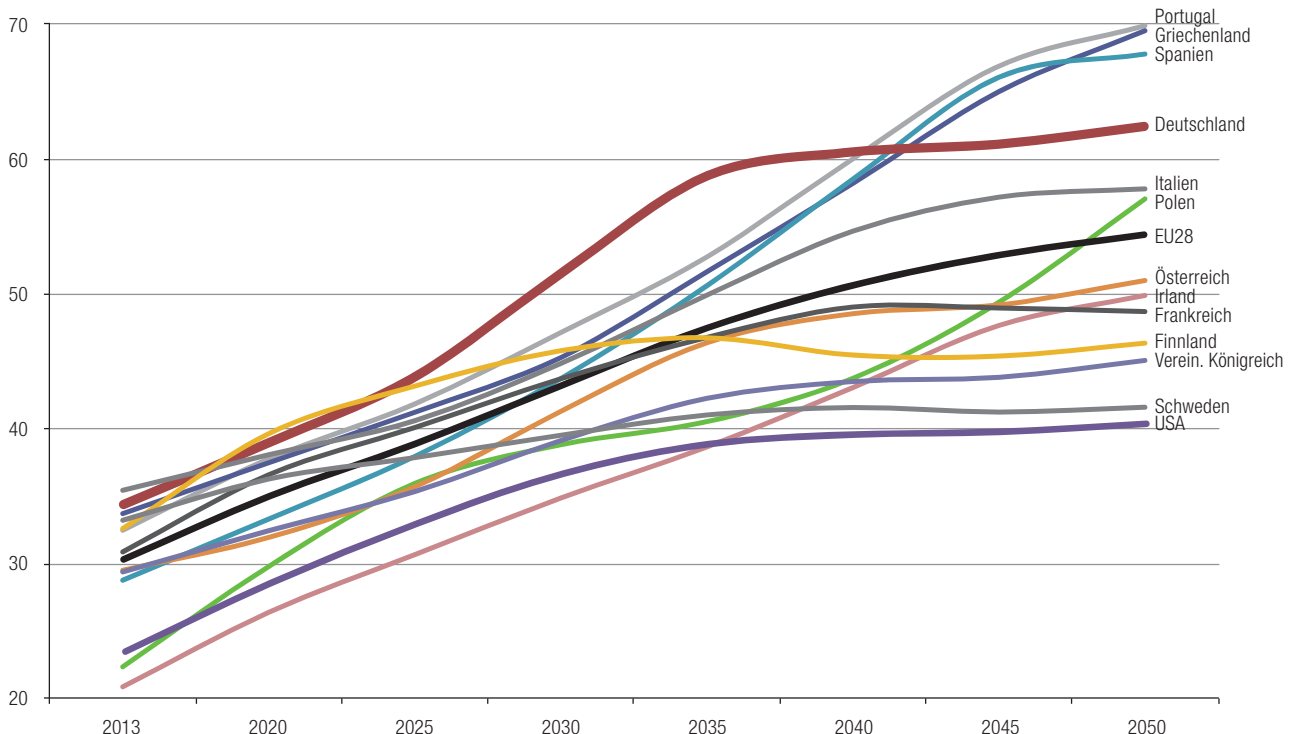
1970er Jahren, für das häufig der sogenannte „Pillenknick“ als Begründung bemüht wurde. So oder so: Seit Jahrzehnten ist in Deutschland absehbar, wohin die demographische „Reise“ geht. Und da nicht geborene Kinder z.B. der 1970er und 1980er Jahre ihrerseits keine Nachkommen haben können, beschleunigt sich die Alterung des Landes ein Stück weit.

Die von manchen kurzfristigen Einflüssen geprägte Zahl der Geburten in einem bestimmten Jahr sagt nur begrenzt etwas über die Alterung einer Gesellschaft und entsprechende Langfristrends aus. Dass in manchen Fällen Ende der 1990er Jahre oder noch einmal 2008 mehr Geburten vermeldet wurden als im Vorjahr, hatte weniger mit einer Verhaltensänderung und Trendwende als mit der Tatsache zu tun, dass geburtenstarke Jahrgänge irgendwann ihrerseits in absoluten Zahlen für mehr Geburten sorgen – auch dann, wenn sie jeweils weniger Kinder bekommen als ihre Eltern.

Mehr Erkenntnisgewinn und, aus staatlich-fiskalischer Perspektive, Planungsvoraussetzungen bietet der Altenquotient, d.h. die Zahl der über 65-Jährigen, die auf 100 20- bis 64-Jährige kommen und nicht nur in Form der umlagefinanzierten Rente von Letzteren getragen werden. Der Altenquotient ergibt für Deutschland einen eindeutigen Befund: Kamen 2013 34 über 65-Jährige auf 100 20- bis 64-Jäh-

### Veränderung des Altenquotienten in EU/USA 2013–2050 (Anzahl der über 65-Jährigen auf 100 20- bis 64-Jährige)

Quellen: Europäische Kommission (2015), The 2015 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060), European Economy 3/2015, Brüssel. USA: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017), World Population Prospects: The 2017 Revision.





rige, werden es 2035 schon fast 59 sein. In keinem anderen Land verläuft die Kurve zwischen 2015 und 2035 so steil nach oben – erst danach spitzt sich der demographische Trend in südeuropäischen Ländern oder in Polen stärker zu.

Der in Deutschland zu erwartende Bevölkerungsrückgang von gut 82 Millionen Menschen 2017 auf wohl 74 Millionen im Jahr 2060 „ist an sich ... wenig dramatisch. Problematisch ist ... vielmehr die gleichzeitige Alterung der Bevölkerung.“<sup>3</sup> Der stärkste Alterungsschub steht Deutschland zwischen 2025 und 2035 bevor. Nicht vielleicht oder mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sondern unausweichlich. In erster Linie hat das Folgen für die Sozialsysteme, die bei öffentlichen Diskussionen über die demographische Entwicklung immer zuerst genannt werden. Durchaus zu Recht: Als der „Sozialpolitiker“ Otto von Bismarck 1889 die Rentenversicherung einführte und ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren festgelegt wurde, lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei knapp 36 Jahren.<sup>4</sup>

Angesichts eines 2017 gültigen Renteneintrittsalters ohne Abschläge von 65 Jahren und sechs Monaten, aber einer Lebenserwartung von durchschnittlich über 78 Jahren für Männer und 83 Jahren für Frauen wird schnell klar, welche Leistungen die Beitrags- und Steuerzahler sowie die Soziale

Marktwirtschaft schon heute erbringen und vor welcher Herausforderung Gesellschaft und Wirtschaft gleichwohl stehen. Weniger Jüngere werden, über Sozialversicherungsbeiträge und/oder über Steuern, für die Versorgung einer wachsenden Zahl Älterer aufzukommen haben. Sie zahlen sehr wahrscheinlich bis zu einem steigenden Renteneintrittsalter höhere Rentenbeiträge ein, bei später – relativ zu ihrem Erwerbseinkommen – sinkenden Auszahlungen und geringeren Spielräumen, an Eigenvorsorge zu denken. Angesichts der stark divergierenden Größe der beiden Bevölkerungsgruppen dürfte die Gefahr jedenfalls groß sein, dass für heute Jüngere selbst nicht mehr viel übrig ist, wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben: „Rentner von morgen müssen sich sorgen.“<sup>5</sup> Dies gilt in mehrfacher Hinsicht: Die Folgen der demographischen Entwicklung sind eben nicht nur auf die soziale Sicherung begrenzt, sie berühren vielmehr alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens, des Wirtschaftens und insbesondere auch das politische System.

*„Der Staat ist die große Fiktion,  
nach der sich jedermann bemüht,  
auf Kosten aller anderen zu leben.“*

Frédéric Bastiat

<sup>3</sup> Raffelhüschen et al. (2017).

<sup>4</sup> Wie alle Werte aus dem 19. Jahrhundert fällt auch dieser wegen der hohen Säuglingssterblichkeit verzerrt niedrig aus. Wer die ersten Monate überlebte, konnte mit einer Lebenserwartung von 56 Jahren rechnen, die erst im Jahr 1925 für alle einschließlich der Neugeborenen galt. 1955 waren es 69 Jahre, 1985 schon 75 im Schnitt.

<sup>5</sup> Titelzeile der Welt vom 27.06.2017 zum Bericht über die Studie „Entwicklung der Altersarmut bis 2026“ von ZEW und DIW im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.



### 3 Demokratie als Gerontokratie? Die Wählermehrheit über 55 steht

Die Alterung der Bevölkerung wirkt sich in besonderer Weise auf den wichtigsten Prozess in einer Demokratie aus – die Wahlen. Die Zunahme des sogenannten Altersquotienten bzw. des Anteils Älterer an den Wahlberechtigten auf der einen Seite und das weitaus stärkere Wahlengagement Älterer auf der anderen sind zwei Phänomene, die sich vor allem in ihren politischen Auswirkungen verstärken.

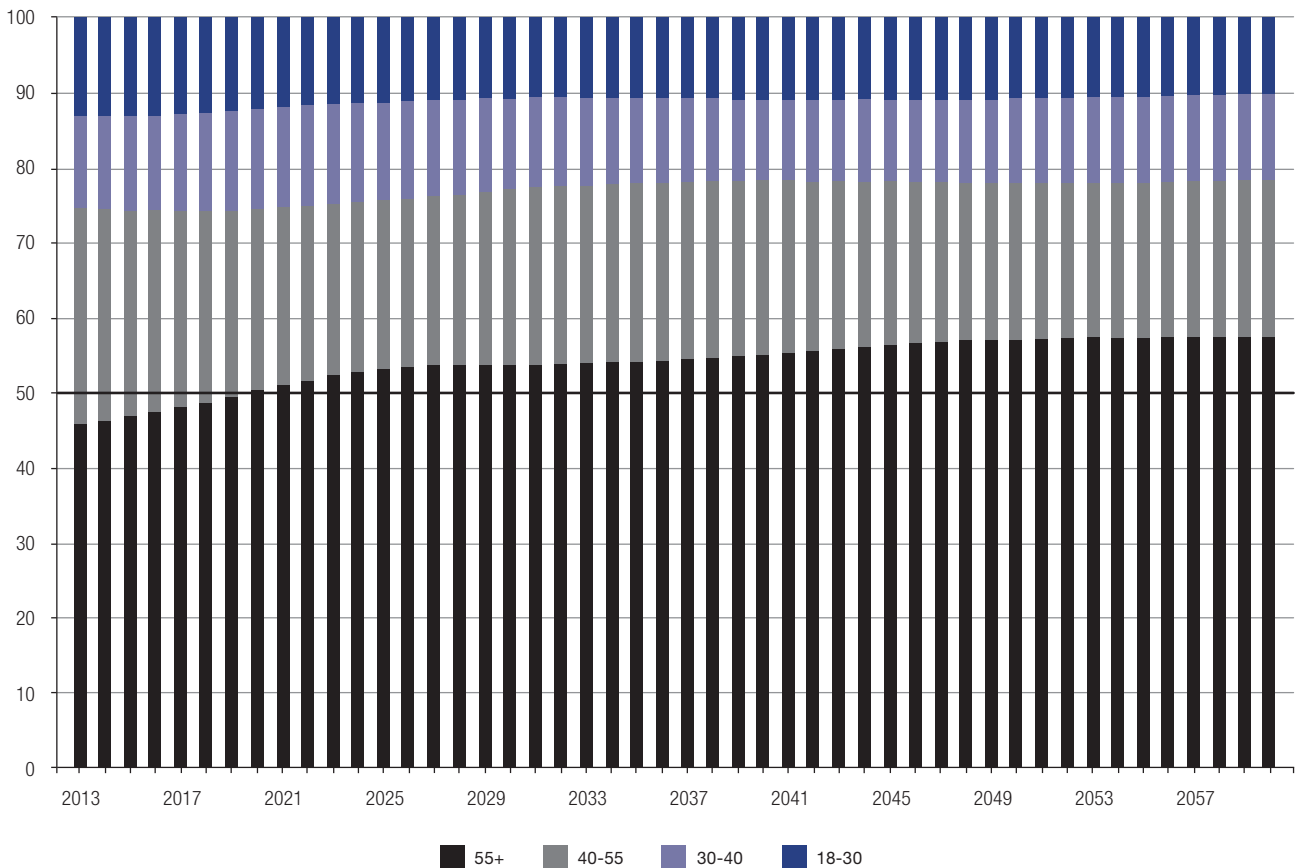
Man muss(te) nur eins und eins zusammenzählen: „Die Zahl der alten Menschen wird in den nächsten Jahren

und Jahrzehnten gewaltig ansteigen. ... Nicht Jungwähler, sondern Altwähler entscheiden Wahlen – erst recht dann, wenn sich die Jüngeren eher enthalten.“<sup>6</sup> Nimmt man die Beteiligungswerte der jeweiligen Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2013 als Ausgangspunkt und bezieht die von 2013 bis 2017 erfolgte demographische Veränderung, sprich Alterung, mit ein, kommt man zu dem in der Abbildung unten erkennbaren Ergebnis: Die über 55-Jährigen stellen bei der Bundestagswahl 2017 knapp, 2021 dann mit großer Wahrscheinlichkeit mehr als die Hälfte der Wähler (nicht der Wahlberechtigten!), verfügen also sozusagen absehbar über eine absolute Stimmenmehrheit.

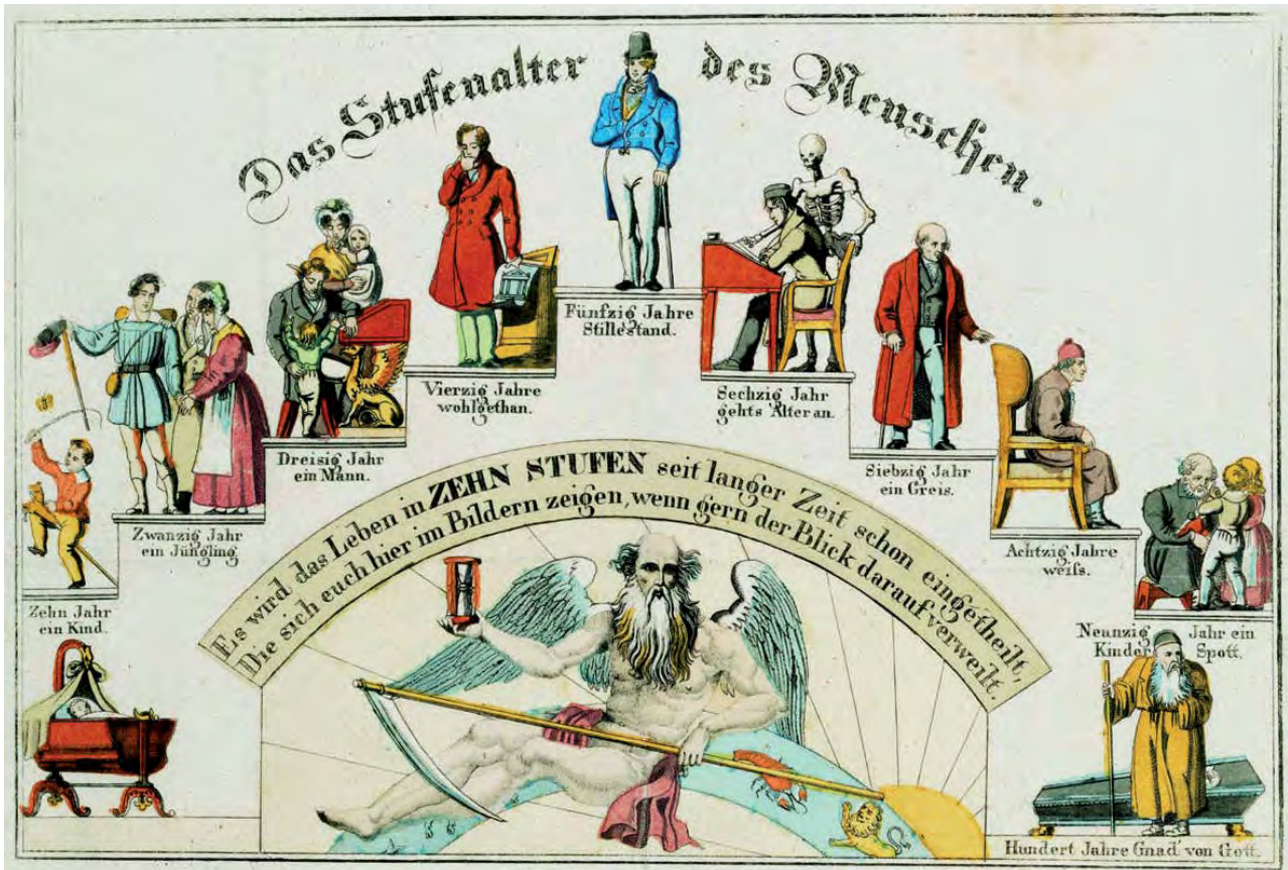
Extrapolierte man dagegen den Trend der sich seit 1983 insgesamt fast kontinuierlich auseinanderentwickelnden Beteiligungswerte Älterer und Jüngerer und rechnete man mit einem sich fortsetzenden, verstärkten Anstieg des seit 2009 zunehmenden Wahlengagements der über 70-Jährigen sowie einem Stillstand beim Wahlengagement Jüngerer, zeichnete sich ein anderes Resultat ab: Die Bundestagswahl 2017 könnte die erste sein, bei der eine Mehrheit der Wähler über 55 Jahre alt ist!

#### Wähler nach Altersgruppen, Projektion 2013–2060 (in Prozent der Wähler)

Quellen: Der Bundeswahlleiter (2014), Statistisches Bundesamt (2015, 2016) und eigene Berechnungen.



6 Eilfort (1994), S. 198.



Wohlgermerkt: Beide Kalkulationen gehen davon aus, dass die Jungwähler so relativ lethargisch bleiben wie „gewohnt“. Das muss natürlich nicht der Fall sein – und sollte es auch nicht: Es ist das Ziel auch dieser Publikation, jüngere Wahlberechtigte zum Wahlengagement zu ermutigen. Gelänge das, würde damit die beschriebene Entwicklung zumindest verlangsamt – und das Eintreffen der abgegebenen Vorhersage einer Wählermehrheit der über 55-Jährigen (vorerst) verhindert.

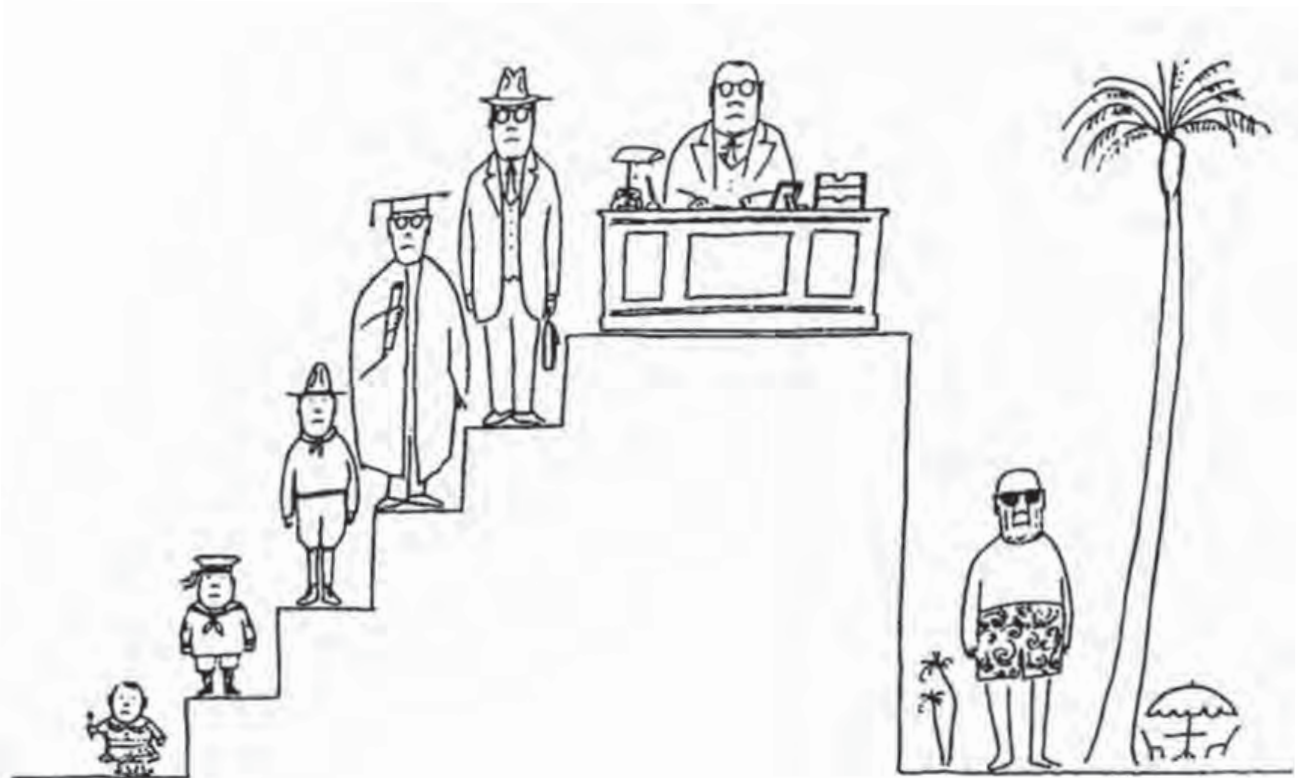
Ohnehin wären alle Gedanken um die Demographie als Herausforderung für die Demokratie obsolet, würden Ältere im Hinblick auf ihre Einstellungen und Werte so „ticken“ wie Jüngere – oder umgekehrt. Dies aber behauptet nicht einmal der in Politikwissenschaft und Wahlforschung lange verbreitete Ansatz der „politischen Generationen“. Ihm zufolge bilden sich im jüngeren Alter aufgrund der historisch-politischen Erfahrungen und Rahmenbedingungen in einer politischen Generation, z.B. bei den „68ern“ oder in den 1980er Jahren u.a. für die aufkommenden Grünen, Einstellungen, Parteineigungen und eine Bereitschaft zu politischem Engagement heraus, die sich später kaum mehr ändern. Unbestreitbar ist, dass „Jugend und Alter, eine jede Generation, ... durch ihre Zeit „geprägt“ ... und mit spezifischen Herausforderungen und Chancen konfrontiert“<sup>7</sup>

sind. So lässt sich manches Verhalten mit der Zugehörigkeit zu bestimmten Alterskohorten und mit jeweils besonderen Rahmenbedingungen erklären. Zur Erhellung von politischem Wandel taugt der eher statische Ansatz aber ebenso wenig wie zum Verständnis wiederkehrender Muster in der Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb hat sich in diesem Zusammenhang weitgehend das sogenannte „Lebenszyklus-Modell“ durchgesetzt. Danach wandeln sich im Lebenszyklus eines Menschen seine Einstellungen und sein Verhalten, was politisch gemeinhin in den vereinfachenden Satz gefasst wird: „Mit 18 Revolutionär, mit 30 Liberaler, mit 50 Konservativer.“<sup>8</sup> Wie schon gezeigt, schlägt sich der Lebenszyklus in besonderer Weise und im Gegensatz zur parteipolitischen Präferenz leichter nachweisbar in unterschiedlich starker Neigung zur Wahlbeteiligung nieder.

Allerdings, und genau darin liegt eine zentrale demographische Herausforderung, wirken sich die Gesetzmäßigkeiten zunehmenden Alters auf individueller Ebene nicht nur nachweislich auf das Wahlengagement, sondern offensichtlich weitaus umfassender und allgemeiner auf Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen aus. Das wusste man schon im Mittelalter, ohne Umfragen und empirische Forschung: Vor knapp 500 Jahren begannen sich, zuerst als Holzschnitte, Darstellungen zu etablieren, in denen der

7 Ursula Lehr, Tagung der Stiftung Marktwirtschaft „Alternde Gesellschaft, alt aussehende Politik“ vom 14.06.2017; Folien unter: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).

8 Dittrich (1986), S. 67.



Die Lebenstreppe in der Version des Karikaturisten Saul Steinberg.  
Quelle: Legewie & Ehlers 1994, S. 353.

menschliche Lebenszyklus als auf- und absteigende Treppe gezeigt wurde. Die auf der vorhergehenden Seite abgebildete „Lebenstreppe“ entstand um 1840 und unterscheidet zehn Altersstufen. Abgesehen davon, dass damals fast niemand die letzten Stufen erreichte, wird deutlich, dass sich nach Ansicht des Künstlers mit zunehmendem Alter nicht nur der Lebensstand, sondern auch die Haltung verändert, zugespitzt in der Zuordnung: „Fünfzig Jahre – Stillstand“.

So simpel kann und sollte man dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts einer Vielzahl beruflich, ehrenamtlich und im Freizeitbereich aktiver, unternehmungslustiger, gesunder und gesundheitsbewusster älterer Menschen in Deutschland gewiss nicht mehr klassifizieren. Der heutigen Lebensrealität kommt eine – damals weitsichtige – Zeichnung von 1954 aus dem „New Yorker“ näher. Sie führt zu der für ein alterndes Land nicht unerheblichen Frage: Welche Folgen hat es, wenn das Dasein der Mehrheit der Wähler sich in der rechten Hälfte der Abbildung abspielt, wesentlich geprägt von auslaufender Berufstätigkeit und dem „Ruhestand“? Einem „Ruhestand“, dessen durchschnittliche Zeitdauer ebenso gewachsen ist, wie der bei relativ guter Gesundheit und wachsenden Freizeitmöglichkeiten in hoher Lebensqualität genießbare Anteil daran?

Für die Erörterung möglicher politischer Brisanz im demographischen Wandel wurde bewusst die „Scheidelinie“ von 55 Jahren gewählt, nicht der Beginn der Rente oder

die Pensionierung: Der Lebenszyklus dürfte, was die hier interessierenden inneren Einstellungen betrifft, kaum sinnvoll und klar abgegrenzt in die drei Phasen Kindheit/(Aus-) Bildung, Arbeit und Ruhestand eingeteilt werden können. Alterung und vor allem damit einhergehender psychologischer Wandel sind nach aller Beobachtung eher ein schleicher Prozess.

*„Wir sind alle mitverantwortlich für das, was kommt.“*

Karl Popper

Beim einen setzt er früh(er) ein, beim anderen später – nicht jeder passt in Raster der Vereinfachung. Aber in der Breite der Bevölkerung und in ihrem Durchschnitt beginnt man doch meistens im sechsten Lebensjahrzehnt, sich mit dem Alter zu befassen, wenn nicht darauf einzustellen. So sieht auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über 50- und bis 60-Jährige als „alternde Menschen“, 61- bis 75-Jährige als ältere und über 75-Jährige als alte Menschen.

Manche fangen aus gegebenem Anlass, z.B. dem 50. Geburtstag, an, eine erste „Bilanz zu ziehen“, wie Psychologen dies nennen: Das Bewusstsein des „zyklisch angelegten Menschen“ wandle sich.<sup>9</sup> Für die meisten Deutschen dürf-

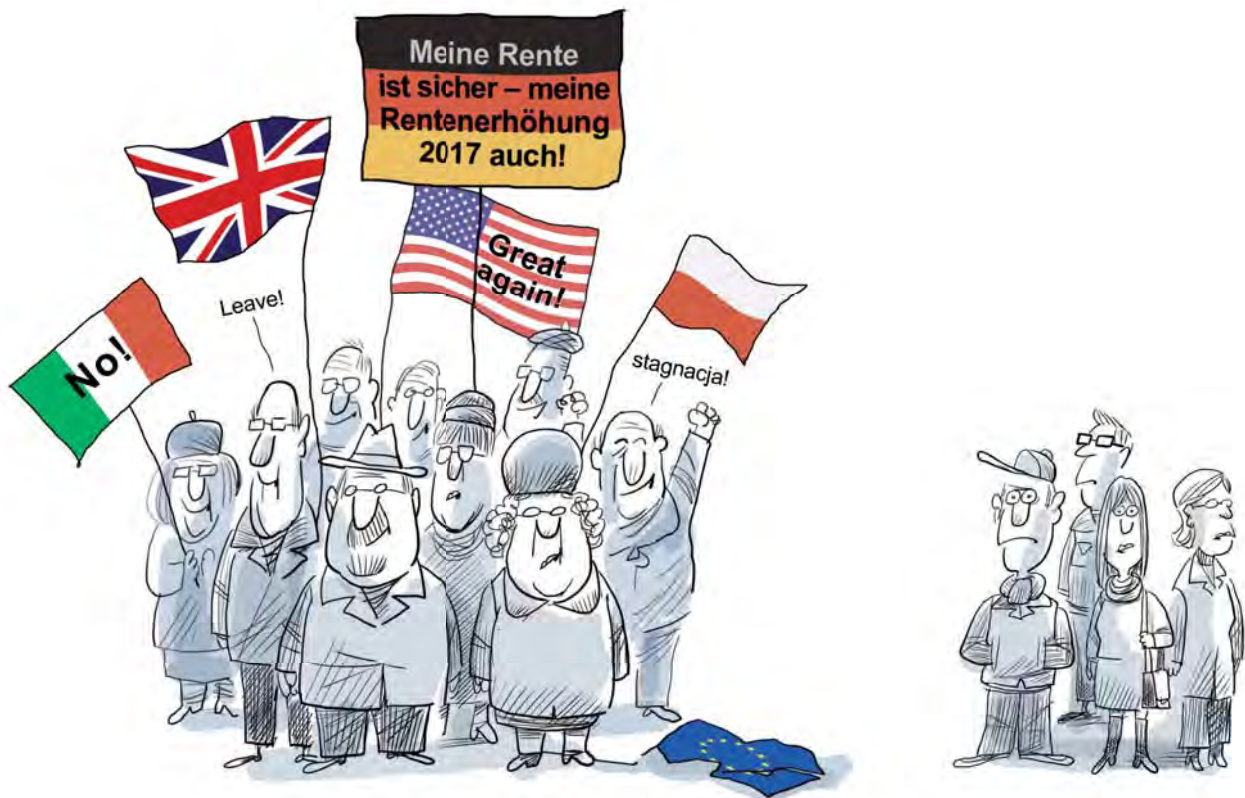
9 Vgl. Rheinische Post vom 23.12.2012: „Mit 50 Jahren in ein neues Leben“.

te mit plus-minus 55 Jahren das Alter gekommen sein, in dem der Zenit der beruflichen Möglichkeiten und Laufbahn schon erreicht oder gar überschritten ist. Zweifellos gibt es sehr viele Ausnahmen – aber, mit dem Volksmund formuliert: Ausnahmen bestätigen die Regel.

Wo es schon vorher gar nicht laufen wollte, verfestigt sich der Stillstand häufig: Über 55 bewegt sich bezüglich neuer Berufsanfänge noch immer zu wenig auf dem Arbeitsmarkt. Eine deutliche Steigerung materiellen Wohlstands ist dann allerdings auch bei kontinuierlich erfolgter Beschäftigung und Aufstieg im Regelfall kaum mehr zu erwarten, das Haus oder die Wohnung zudem abgezahlt und auf dem Konto eine Reserve. Die Kinder sind alt genug. Erste Malaisen lassen das Alter vorahnen oder schon spüren. Umfang und Körpergewicht neigen zur Zunahme, Elastizität,

Bewegungsdrang und Schwung gehen tendenziell vielleicht etwas zurück – nicht nur im körperlichen Bereich. Aus Sicht von Psychologen befindet man sich ab 55 im „späten Erwachsenenalter“.<sup>10</sup> Neben der Motorik beginnen die Lernfähigkeit sowie die Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung nachzulassen und die Stömpfindlichkeit und Krankheitsanfälligkeit nehmen zu. Kurz: Die Perspektiven verschieben sich für die meisten Menschen, wenn sie, gemessen an der aktuellen durchschnittlichen Lebenserwartung, die „Zwei-Drittel-Grenze“ von 55 Jahren überschritten haben. Weniger als ein Drittel des Lebens bleibt, der größte Teil davon in Rente oder Pension, der andere Teil mit vermehrten Gedanken daran – und trotz aller erfreulichen Fortschritte und gesteigerten Vitalität wohl in der größeren Zahl von Fällen nicht mehr auf höchster Stufe beruflich-wissenschaftlicher Schaffenskraft und Dynamik.

Zeichnung / Montage: Sakurai / Stone



Nicht nur Deutschland sieht alt aus.

<sup>10</sup> Vgl. Faltermaier et al. (2002) und Lehr (2006): 2017 weiß man und unternimmt auch viel dafür, dass der Rückgang insbesondere der Gehirnleistung allerdings drastisch verlangsamt, gestoppt oder sogar ins Gegenteil verkehrt werden kann: Dass mit dem „mittleren Erwachsenenalter“ von 45–55 Jahren automatisch der Zenit an der Kombination aus (verlangsamter) Lernfähigkeit, angesammeltem Wissen und Erfahrung erreicht ist, gilt nicht mehr als kaum abänderlich.

## 4 Zunehmende Versteinerung? Deutschland sieht besonders und anders alt aus

Deutschland sieht also besonders alt aus: Diejenigen, die sich im letzten Drittel ihres Lebenszyklus befinden, stellen schon oder in Kürze über die Hälfte der Wähler. Das gibt es in kaum einem anderen Land mit (annähernd) freien Wahlen. Auch in anderen voll, halb oder lupenrein demokratischen Systemen aber ist das Phänomen einer alternden Bevölkerung zu beobachten – mit durchschlagenden politischen Konsequenzen.

Was zum Beispiel verbindet die Wahl des polnischen Parlaments im Oktober 2015, den Volksentscheid in Großbritannien über das Ausscheiden aus der Europäischen Union im Juni 2016 und die amerikanische Präsidentschaftswahl im November 2016? Auf den ersten Blick wenig, aber eine Parallele sticht doch hervor: Die Ausgänge aller drei Abstimmungen wurden von den Älteren, in dem Fall den über 50-Jährigen, entscheidend geprägt.<sup>11</sup>

Allen voran die britische Mehrheit für den „Brexit“ war eine Mehrheit der Älteren: 76 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 59 Prozent der 25- bis 49-Jährigen tatsächlichen Wähler waren gegen den EU-Ausstieg Großbritanniens. Die 50- bis 64-Jährigen bejahten zu 53 Prozent, die über 65-Jährigen zu 59 Prozent den „Brexit“ – bei der Wahlbeteiligung aber trennten mehr als 20 Prozentpunkte die über 65-Jährigen und die unter 24-Jährigen. Am Tag nach dem Referendum sah man blau bemalte junge Menschen auf englischen Straßen weinen. Am Tag des Referendums waren allein um die 200.000 von ihnen beim Rockfestival in Glastonbury gewesen – und wohl kaum im Wahllokal: „Die Alten haben die politische und ökonomische Perspektive Großbritanniens bestimmt – während die Jungen die Folgen möglicherweise über viele Jahrzehnte zu tragen haben. Aber so ist das eben in der Demokratie: Jede Stimme zählt gleich. Und wer seine Stimme nicht abgibt, ist selbst schuld.“<sup>12</sup>

Letzteres dürfte man auch über jüngere potentielle Wähler Hillary Clintons sagen können, die im Vorfeld der US-

Präsidentschaftswahl 2016 vielleicht Sympathien für den parteiinternen Mitbewerber Bernie Sanders empfunden hatten und sich nach seinem Ausscheiden nicht an der Wahl beteiligten. Im November 2016 war ein Zusammenhang offenkundig: Je höher das Alter, desto geringer in der entsprechenden Kohorte der Anteil für Hillary Clinton, desto besser für Donald Trump – er ist der Präsident der über 50-Jährigen. Auch hier mitentscheidend: Die Wähler zwischen 18 und 35 Jahren, bei dieser Wahl erstmals fast so zahlreich wie die Baby-Boomer, hatten sich in größerem Maß enthalten.<sup>13</sup> Genau bei dieser Wählergruppe, den „Millenials“ führte Trump in nur fünf US-Staaten.

Bei der Wahl des Warschauer Sejm im Herbst 2015 gewann die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ von Jaroslaw Kaczynski die absolute Mehrheit der Mandate. Sie erreichte zwar in allen Altersgruppen den höchsten Stimmenanteil, hatte ihren Sieg aber den Älteren zu danken: Je höher das Alter der Wähler, desto besser das Ergebnis für die Partei und ihre Spitzenkandidatin Beata Szydlo. Die unter 30-Jährigen unterstützten diese nur mit 25,8 Prozent, die über 60-Jährigen gaben ihr 47,1 Prozent der Stimmen – und gingen disziplinierter wählen. Wie im Falle des US-Präsidentschaftskandidaten Trump scheint für den polnischen Parteivorsitzenden Kaczynski und die „Brexiteers“ im Vereinigten Königreich zu gelten: Mit steigendem Alter der Wähler, geringerer formaler Bildung, größerem Abstand zu urbanen Zentren und zunehmender Sorge um die eigenen ökonomischen Aussichten wächst ihre Zustimmung.

*„Wir haben unser Land nicht von den Vätern geerbt, sondern nur geborgt von unseren Kindern.“*

Weisheit der Amish-Mennoniten

In Deutschland mit seinem besonders hohen Anteil älterer Wähler ist es indes bislang weder zum Mehrheitswunsch nach einem EU-Ausstieg, zur Wahl eines unerfahrenen, ungestümen und ungebildeten Regierungschefs noch zur Verfassungsrevolution durch die faktische Abschaffung der Judikative gekommen. Hierzulande sind die politischen Folgen der stärker ausgeprägten Alterung der Bevölkerung und des relativ höheren Abstands zwischen dem Wahlgagement Älterer und Jüngerer weniger Wandel und grundlegende Veränderungen, sondern das Gegenteil davon. In Deutschland lassen sich eher Stillstand und Versteinerung beobachten sowie eine gewisse Fokussierung auf ein innenpolitisches Thema, das Ältere etwas mehr berührt: die Rente.

11 Vgl. für den Fall des Vereinigten Königreichs die Süddeutsche Zeitung vom 25./26.06.2016, S. 6.

12 Spiegel online vom 27.06.2016: „Junge Wähler und der Brexit“.

13 Vgl. Die Welt vom 09.11.2016, S. 2; zu Polen: [wikipedia.org/wiki/Prawo\\_i\\_Sprawiedliwosc](http://wikipedia.org/wiki/Prawo_i_Sprawiedliwosc).

Diesen Unterschied zu den anderen drei genannten Ländern mag man sympathisch finden, zumal es in Letzteren politisch-administrativ an Berechenbarkeit und Rationalität ebenso zu fehlen scheint wie an überzeugenden Ergebnissen – und mit Veränderungen verbundene Unwägbarkeiten auch immer ein Stück weit Unsicherheit bedeuten. Die Auswirkungen dessen, was im beschaulichen Deutschland passiert bzw. auch infolge des demographischen Wandels und mancher seiner politischen Konsequenzen nicht passiert, kommen eher schleichend daher, sind kurzfristig weniger spürbar – und könnten doch und gerade deswegen gravierende Verwerfungen und großen Schaden mit sich bringen. Nicht „nur“ für das materielle Wohlergehen der Menschen – wohl kaum zu Unrecht ist die Auffassung verbreitet, dass die hohe Zustimmung der Deutschen zu ihrem demokratischen politischen System und die Stärke der Ausrichtung auf die politische Mitte wesentlich mit den Ergebnissen der Sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen.

### 4.1 Weniger Innovation und Dynamik: Veränderungsaverse Ältere?

Die Herausforderung der Demographie berührt in Deutschland das Thema „Innovation“ nicht weniger, nur weniger offensichtlich als die sozialen Sicherungssysteme. Unverändert ist Deutschland ein rohstoffarmes Land bzw. liegen seine Rohstoffe vielmehr in den Köpfen der Menschen. Unverändert sind innerhalb Deutschlands diejenigen Bun-

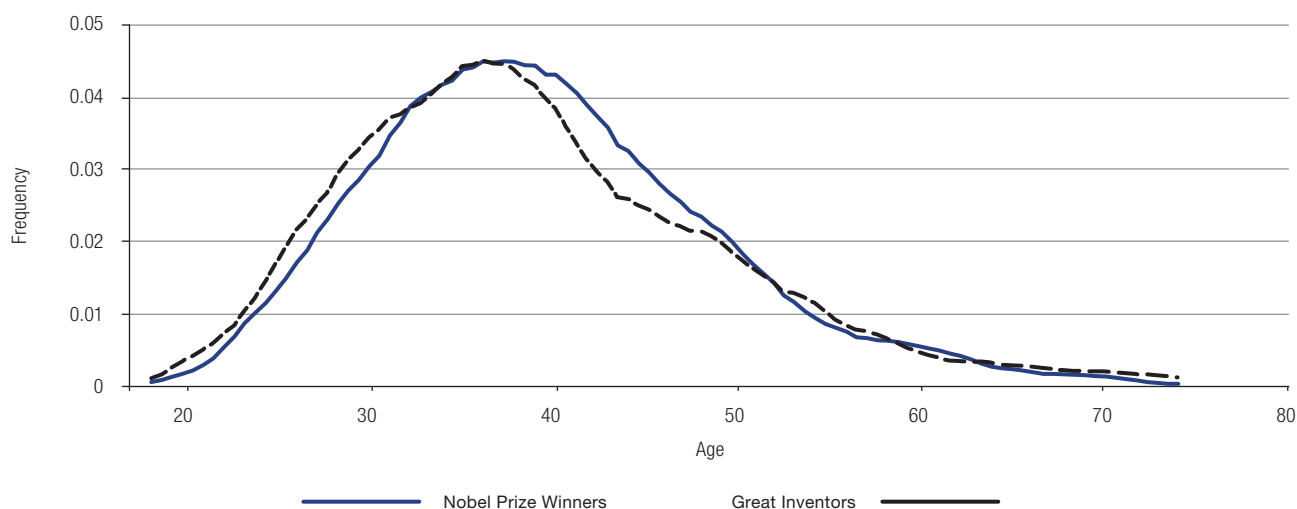
desländer wirtschaftlich besonders erfolgreich, die von guten Bildungseinrichtungen profitieren, gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung anbieten und z.B. eine überdurchschnittliche Zahl an Patentanmeldungen vorweisen können. Innovationen und Offenheit dafür sowie die entsprechende Umsetzung bzw. Anwendung sind, dies verbindet seit der „Ruck-Rede“ des Bundespräsidenten Roman Herzog 1997 fast alle Bildungs-Ansprachen, Grundlage des Wohlergehens des Landes und des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft.

Auf die Frage, wer innovativ ist und damit eine zentrale Grundlage künftigen Wohlstands schafft, gibt es eine relativ eindeutige Antwort: eher Menschen in jüngerem bzw. mittlerem Alter. In besonderem Maß gilt dies für bahnbrechende neue Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft sowie für Unternehmensgründungen. Als wesentliche Treiber dafür gelten 30- bis 44-Jährige, deren Zahl in Deutschland von über 20 Millionen im Jahr 2000 auf nur mehr gut 13 Millionen im Jahr 2040 zurückgehen dürfte.<sup>14</sup>

Wenn nicht hoch qualifizierte und überaus innovative jüngere Zuwanderer diese Lücken schließen, ist klar, was jenseits des bekannten Themas „Fachkräftemangel“ auch im Bereich der Innovationen auf der „Angebotsseite“ droht: Weniger neue Entwicklungen, weiter und verstärkt absinkende Zahlen von forschungsbasierten Spinoff-Gründungen aus der Wissenschaft sowie von Unternehmensgründungen, weniger Investitionen, weniger Wachstum.<sup>15</sup> Dabei bedürfte es angesichts des absehbaren Rückgangs der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen in Deutsch-

#### Altersverteilung bei bedeutenden Innovationen

Quelle: Jones (2010), S. 2.

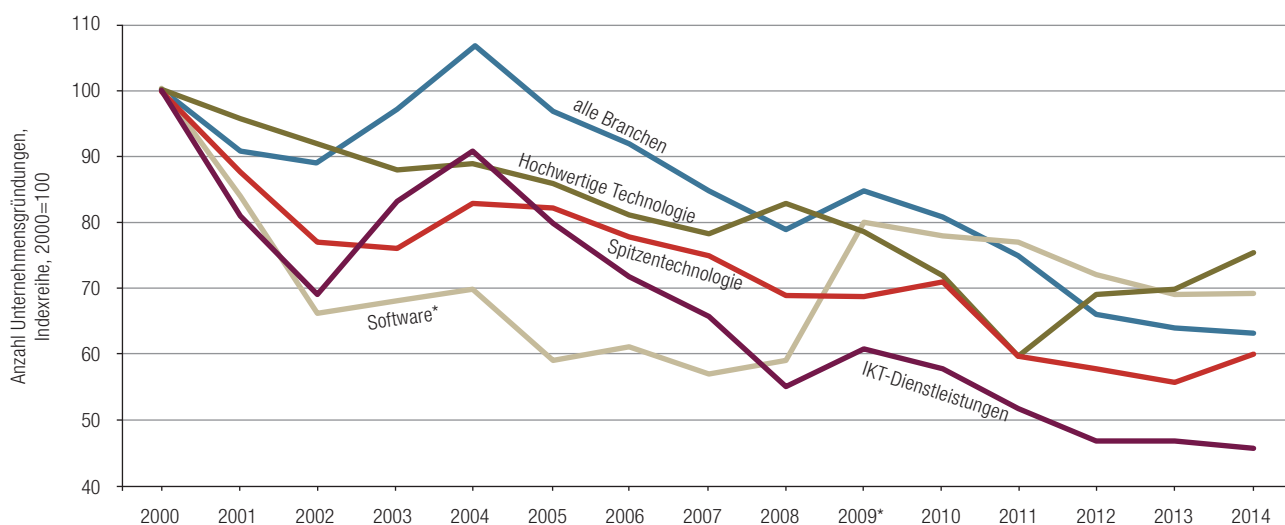


<sup>14</sup> Vgl. United Nations, Dept. of Economic and Social Affairs, Population Division (2017), World Population Prospects: The 2017 Revision. Diesen Aspekt betonte auch der Präsident des ifo-Instituts im Rahmen der Tagung „Alternde Wähler, alt aussehende Politik?“ der Stiftung Marktwirtschaft am 14.06.2017 in Berlin. Clemens Fuest verwies insbesondere auf die Altersverteilung bei großen Innovationen.

<sup>15</sup> Vgl. Fuest aus gleichem Anlass. In der Abbildung auf der folgenden Seite lässt das Bezugsjahr 2000 mit seiner Internetblase den Rückgang etwas stärker erscheinen, als er tatsächlich ausfällt – am grundsätzlichen Phänomen ändert das nichts.

### Anzahl Unternehmensgründungen in Deutschland 2000–2014

Quelle: ZEW – Mannheimer Unternehmenspanel. Berechnungen des ZEW.



\* Bruch in der Zeitreihe in der Software zwischen 2008 und 2009 aufgrund der Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik.

land umso mehr innovativer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen. Stattdessen sinken, so eine Studie 2017, gerade im für Deutschland wichtigen Mittelstand die Innovationen, was unter anderem mit alternden Belegschaften erklärt wird: Seit dem Höhepunkt der Innovationskraft des Mittelstands 2005 und bis 2016 sei der Anteil über 54-Jähriger in den Betrieben von 12 auf 19 Prozent gestiegen. Da sich der entsprechende Alterungsprozess fortsetze, werde auch die Innovationszurückhaltung noch zunehmen.<sup>16</sup>

Nun muss und kann nicht jeder Nobelpreisträger werden oder große Innovationen schaffen. Sicher ist nur: Jenseits von 45 bis 50 Jahren ist die Chance dafür um ein Vielfaches geringer. Nicht nur in der Spitze, auch in der Breite führt Alterung insgesamt und im Durchschnitt zu reduzierter Innovationsfähigkeit. Forscher sprechen auch für die „Nachfrageseite“ von Innovationen und Wandel von einem „scheinbar naturgesetzlichen Muster der Persönlichkeitsentwicklung“: Bis ins mittlere Erwachsenenalter gebe „es sehr viel Dynamik: Ich muss einen Partner finden, will vielleicht Kinder, muss mich im Job und in der Freizeit definieren“. Schon ab etwa 40 Jahren aber „nimmt die Offenheit für neue Erfahrungen ab“.<sup>17</sup> Papst Franziskus bemängelte 2014 bei seiner Rede im Europäischen Parlament bezüglich ganz Europas die „Müdigkeit der Alterung“. Weitgehende Übereinstimmung herrscht darüber, dass es indes im höheren Alter nicht zu einer allgemeinen Einschränkung

intellektueller Fähigkeiten, durchaus aber vermehrt zu eingeschränkter Aufmerksamkeit und häufig zu einem eher zurückhaltenden und abwartenden Verhalten komme.<sup>18</sup> Auch dies dürfte für die Bereitschaft, Neues aufzunehmen, nicht förderlich sein und hängt eng mit einem anderen Unterthema des Wandels, der Risikobereitschaft, zusammen.

*„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“*

Chinesisches Sprichwort

Deren Anstieg oder höhere Ausprägung ist, insbesondere im Straßenverkehr, nicht unbedingt positiv zu bewerten. Dagegen durchaus dort, wo es um die Wahrnehmung von Chancen und darum geht, in Veränderungen, die per se mit Ungewissheiten behaftet sind, eher Gelegenheiten als Risiken sehen zu wollen. Gleich zwei breit angelegte Studien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, eine mit dem Vergleich von 77 Ländern und eine national fokussierte, bestätigen die Auffassung, dass die Neigung, Risiken einzugehen, mit zunehmendem Alter im Durchschnitt geringer wird. Diese Tendenz falle in wohlhabenderen Ländern wie Deutschland oder den USA deutlich stärker aus als in Ländern mit großer Armut. Am stärksten sinke die Risiko-

16 Vgl. KfW-Innovationsbericht Mittelstand 2016: [www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/Publikationen-thematisch/Innovationen-und-Gründungen/](http://www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/Publikationen-thematisch/Innovationen-und-Gründungen/).

17 Vgl. Der Spiegel vom 29.08.2013: Interviewaussagen der New Yorker Psychologieprofessorin Staudinger, die auch darauf verweist, dass es heutzutage bessere Aussichten gebe, dieses Muster zu verändern.

18 Vgl. u.a. [www.medizininfo.de/geriatrie/veraenderungen/gehirn/shtml](http://www.medizininfo.de/geriatrie/veraenderungen/gehirn/shtml), Stand 24.03.2017.

bereitschaft im Laufe des Lebens in den Bereichen Arbeit und Freizeit, während die Bereitschaft, fremden Menschen zu vertrauen, weitgehend stabil bleibe. Zum anderen wird aber auch deutlich, dass man Zusammenhänge zwischen Risikobereitschaft und Alter nicht in schwarz oder weiß bewerten kann: Risikobereitschaft sei ein Teil der Persönlichkeitsstruktur und besonders in einem Alter bis 30 und ab 65 Jahren veränderbar, eng zusammenhängend mit dem Persönlichkeitsmerkmal „Offenheit für Erfahrungen“.<sup>19</sup>

Umso mehr dürfte richtig sein, dass „das Alter viele Gesichter hat“, heute von einem „generellen Defizit-Modell des Alterns“ kaum mehr gesprochen werden kann und es eher „Altersformen als Altersnormen“ gibt.<sup>20</sup> Einstellungen zu Innovationen und die generelle Offenheit für Neues sind erst einmal zutiefst individuelle Haltungen – und variabler als lange angenommen. Es gibt zudem 20-Jährige, die im Kopf so alt sind, wie man es Hundertjährigen oft zu Unrecht unterstellt, und die nur um den Kopf herum weniger Falten tragen. Man liest auch regelmäßig von wachsenden Zahlen junger Menschen, die in Umfragen zu Protokoll geben, sie strebten in den öffentlichen Dienst und vornehmlich nach Sicherheit<sup>21</sup> – was im Sinne des genannten chinesischen Sprichworts mehr nach Mauern als nach Windmühlen klingt.

Dennoch: Schon in älteren Publikationen und bei früher schlechterer Datenlage war die Rede von einer „common sense“-Auffassung, dass zwischen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie ein positiver Zusammenhang bestehe, ... zwischen Alter und Innovation ein negativer ...<sup>22</sup> Wenn eine Gesellschaft so dramatisch altert wie die deutsche, wenn – ungeachtet heute intensiverer „Enkelbetreuung“ – Kinderspielplätze, Universitäten, Labore und Werkbänke weniger stark im Fokus von Aufmerksamkeit zu stehen scheinen, Renten, Arztpraxen, Kreuzfahrtschiffe und im Winter Spanien dagegen umso mehr, ist das keine gute Ausgangsposition dafür, Innovationen in ausreichender Zahl und Qualität zu entwickeln, um vor allem auch durch ihre Anwendung zukünftigen Wohlstand zu sichern.

## 4.2 Infrastruktur: Betagte Wutbürger gegen Bauprojekte

Innovationen bringen Veränderungen mit sich und erfordern eine Veränderungsbereitschaft, an der es erkennbar häu-

fig insbesondere bei Infrastrukturvorhaben mangelt. Die in Deutschland weit jenseits demographischer Bezüge wohl ohnehin stärkere Grundskepsis gegenüber Neuem äußert sich regelmäßig auch im Widerstand gegen Bauprojekte. Um deren jeweiliges Für und Wider in der Sache soll es an dieser Stelle nicht gehen, wohl aber darum, wer mit welchen Folgen z.B. gegen Veränderungen an Straßen, Bahnhöfen oder Flughäfen auch dann vorgeht, wenn sie schon mehrheitlich und rechtswirksam beschlossen sind.

*„Alte Leute können gefährlich sein, sie haben keine Angst vor der Zukunft.“*

George Bernard Shaw

Fast vergessen ist, mit welcher Verve von vorwiegend betagteren (West-)Berlinern der Bau des neuen Hauptbahnhofs bis 2006 und die damit verbundene Degradierung des Bahnhofs „Zoologischer Garten“ bekämpft und als Untergang des Abendlandes bzw. -landes karikiert wurde. Lange wenig beachtet und leider auch nicht systematisch registriert oder erforscht wurden übereinstimmende Beobachtungen in vielen Büros von Bundestagsabgeordneten, denen zufolge ungefähr seit der Jahrtausendwende bzw. dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin die dort eingehenden Bürgerreaktionen oder -anfragen sich merklich verändert hätten: Tonfall und Ausdrucksweise seien aggressiver, die Schreiben und in wachsendem Maß eingehenden Mails immer „meinungsstärker“ und als Absender zunehmend ältere Bürger auffällig geworden. Beide Phänomene waren wohl frühe Anzeichen einer Entwicklung, die unabhängig vom jeweiligen konkreten Anlass auch eine Folge des demographischen Wandels sein dürfte: Seit 2010 und den Auseinandersetzungen um die Umgestaltung eines schwäbischen Hauptbahnhofs zu „Stuttgart 21“ spricht man in Deutschland von „Wutbürgern“, damals das „Wort des Jahres“ und inzwischen sogar im Duden aufzufinden. Es handele sich „vornehmlich um eine ältere und wohlhabende konservative Personengruppe, die sich mit ‚Wut‘ und ‚Empörung‘ gegen als Willkür empfundene politische Entscheidungen wende und sich durch einen ausdauernden Protestwillen auszeichne.“<sup>23</sup> „Kommt Zeit, kommt Wut: Früher waren es die jungen Wilden, die auf die Barrikaden gingen. Jetzt sind es Frührentner. Während die jüngere Generation immer unpolitischer wird, radikalisiert sich die Generation 50 plus.“<sup>24</sup>

19 Vgl. [www.mpib-berlin.mpg.de/de/publikationen](http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/publikationen), ebenso: [www.deutschlandfunk.de/hirnforschung-wie-sich-die-risikobereitschaft-im-alter.676.de.html](http://www.deutschlandfunk.de/hirnforschung-wie-sich-die-risikobereitschaft-im-alter.676.de.html).

20 So, ebenfalls bei der oben genannten Tagung im Deutschen Bundestag, die frühere Bundesfamilienministerin und ausgewiesene Wissenschaftlerin Ursula Lehr in ihrem Vortrag.

21 Vgl. EY Studentenstudie (2016) in der Formulierung eines Mitglieds der Geschäftsführung: „Sicherheit ist für die Studenten von heute besonders wichtig – und die erwarten sie vor allem bei ‚Vater Staat‘“. Vgl. ebenfalls einen Beitrag in der Huffington Post vom 12.08.2014: „Generation Y: Warum das Sicherheitsstreben vieler junger Menschen den Wohlstand in Deutschland gefährdet“.

22 Vgl. Brasche und Wieland (2000), S. 124-125.

23 <https://de.wikipedia.org/wiki/Wutb%C3%BCrger>, Stand 14.08.2017, oder: [www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuerger](http://www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuerger).

24 Vgl. Die Welt vom 15.04.2017.



Nun könnte man das entsprechende Engagement auch als direktdemokratischen Gewinn und partizipatorische Bereicherung sehen wollen – soweit Sachargumente gegen Sachargumente gestellt und Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden. Im Falle von „Stuttgart 21“ wurden bis zum tatsächlich weitgehend befriedenden Volksentscheid Ende 2011 bei in der Regel älteren, gut situierten Demonstranten ökonomische und ökologische Argumente für den Ausbau, potentieller Zeitgewinn bei Reisen und Erweiterungschancen für die Stuttgarter Innenstadt allerdings oft gar nicht erst wahrgenommen. Stattdessen war in vielen Fällen, in denen man mit geologischen Gutachten schlüssig klingend erklären konnte, warum der Bahnhof „oben bleiben“ müsse, später und ehrlicher zu hören: „Mir tut’s“, in freier hochdeutscher Übersetzung: „Mir geht es gut, ich brauche das nicht“ – angesichts vieler Bedenken, einer absehbar mindestens zehnjährigen Bauphase mit Staus, Staub und Dreck im engen Stuttgarter Kessel durchaus verständlich. Trotzdem scheint in dieser Haltung exemplarisch das Dilemma einer stark alternden und zugleich saturierten Gesellschaft durch: Zukunftsvergessenheit, die bei unbeschwerten, vielleicht idealistischeren Jüngeren leichter zu verstehen ist und eigentlich von lebensklugen, erfahrenen Älteren ausgeglichen werden sollte. Stattdessen scheint sie unheilvoll und selbstgerecht potenziert zu werden. Wäre im Stuttgart der 1970er oder 1990er Jahre ähnlich kurzfristig fixiert gedacht und z.B. gegen den unterirdischen S-Bahn-Neubau oder Straßentunnel vor-

gegangen worden, ginge es der Stadt wohl kaum so „wirklich saugut“, wie ihr Oberbürgermeister dies im Sommer 2017 bekundete.<sup>25</sup>

Durchaus vergleichbar mit den Stuttgarter Erfahrungen schien wenig später, ab 2011, der Protest gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Für die Stiftung Marktwirtschaft wurde dazu erstmals eine systematische Befragung unter den regelmäßig montags vor Ort Demonstrierenden durchgeführt.<sup>26</sup> 96 Prozent der Befragungsteilnehmer nannten als Protestmotiv die Lärmbelästigung, nur 30 Prozent ging es auch darum, die „Globalisierung zu bremsen“. 81 Prozent sahen einen Vorrang der Anliegen der Anwohner vor wirtschaftlichem Nutzen, den trotz Zweifeln an Argumenten der Fraport AG als Flughafenbetreiber nicht alle Ausbaueegner bestreiten wollten. Zahlenmäßig am meisten unter den befragten Demonstrierenden repräsentiert waren die 60- bis 69-Jährigen, aber auch über 70-Jährige waren fast dreifach so stark vertreten wie unter 45-Jährige. So überrascht es nicht, dass sich 49 Prozent auf die Frage nach dem Beruf als Rentner oder Pensionäre einordneten. Deren wiederum fast unbegrenzte Ressource „Zeit“ mag dazu beigetragen haben, dass im Januar 2017 im Flughafen-Terminal das „Jubiläum“ der 200. Demonstration lautstark begangen wurde: „Jeden Montag 18 Uhr bringen wir den Lärm retour“ – nur in den Ferien nicht: Auch Ältere reisen gern, womöglich sogar mit dem Flugzeug ab Frankfurt.



Bild: © diez-artwork – Fotolia.com

<sup>25</sup> Vgl. Der Spiegel vom 05.08.2017, S. 23.

<sup>26</sup> Vgl. Hornig und Baumann (2013): Erreicht wurde bei der Befragung durch Infratest dimap eine hohe Rücklaufquote von über 60 Prozent. Trotz schwieriger Umstände, z.B. eines Boykott-Aufrufs, beteiligten sich 532 Ausbaueegner.

Die Ergebnisse der Studie von Hornig „offenbaren eine Schieflage der beteiligten Interessen. ... Die Protestierenden versuchen auf der Basis ihres Repräsentativitätsanspruchs, den Status quo am Flughafen zu ihren Gunsten zu verändern und nehmen in Kauf, dass die möglichen Konsequenzen dieser Veränderung in einem gesellschaftlichen Bereich getragen werden müssten, der sie nicht mehr oder kaum betrifft.“ Und weiter: „... künftig werden sich in konkreten Konflikten ... Konstellationen häufen, in denen Rentner und Pensionäre über das Instrument der Bürgerinitiative faktische Veto-Spieler sein werden. Der Punkt in wirtschaftlichen Konflikten ist dabei, dass dieser Veto-Spieler durch seine hohe ökonomische Sicherheit selbst kaum Opfer fürchten muss und somit auch nicht in Verhandlungen an einer Kompromisslösung interessiert zu sein braucht.“

Die möglichen demokratischen Defizite derartiger Bürgerproteste kann man so zusammenfassen: „Diejenigen mit hohem Ressourcenpotential, die nicht als Citoyens, sondern als Bourgeois agieren, tun sich zusammen, nutzen ihre gebündelte Stärke und bauen im Zuge und als Ergebnis der zivilgesellschaftlichen Interessenkonflikte Position und Einfluss noch aus, während die anderen ohne vergleichbare Ausstattungen an Kapital, Kompetenz und Kontakten den Kürzeren ziehen und in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter zurückfallen.“<sup>27</sup>

Jüngere verfügen meist über weniger Kapital, Kontakte und, sofern sie im Beruf stehen, Zeit. Wenn sich das Stuttgarter oder Frankfurter Wutbürgertum verbreitet und die Planung und Durchführung von Infrastrukturverbesserungen generell erschwert werden, sei es durch Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder monothematisch motiviertes, abwehrendes Wahlverhalten, verlieren die Jüngeren doppelt: an Einfluss und an Zukunftschancen.

Zu ähnlich großem Aufsehen wie in Stuttgart 2010 und am Frankfurter Flughafen 2011 ist es bei Bauprojekten in den Folgejahren allerdings nicht mehr gekommen, ungeachtet durchaus wahrnehmbarer Unruhe z.B. um geplante Strom- und Bahntrassen. Offen bleibt, ob das Erstere an verbesserter Kommunikation von Verantwortlichen, an gesteigerter Einsicht bei „Wutbürgern“ oder doch eher, infolge der Erfahrungen in Baden-Württemberg und Hessen, an vorausseilender Kapitulation der Politik lag: Entweder durch den Verzicht auf lange geplante Maßnahmen, z.B. in Bayern Anfang 2013 in Form der Aufgabe des Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, oder durch Hinnahme erheblicher Kostensteigerungen beispielsweise bei der Verlegung unterirdischer Stromleitungen.

### 4.3

## Politische Kultur und Veränderungsblockade: Stillstand als Staatsziel?

Die Erscheinung des „Wutbürgers“ ist nicht auf Infrastrukturvorhaben begrenzt: Der Schöpfer des Begriffs, der in den Stuttgarter Geschehnissen einen „Vorboten der demographisch gewandelten Gesellschaft“ sah, interpretierte ihn weitergehend: Wutbürger brächen „mit der bürgerlichen Tradition, dass zur politischen Mitte auch eine innere Mitte gehört. ... Der Wutbürger buht, schreit, hasst“<sup>28</sup>, entsprechend verlaufende Proteste seien „Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes“. Man kann trefflich darüber streiten, was eine gute Zukunft ausmacht und was für eine gute Zukunft Deutschlands notwendig ist. Nicht jede Veränderung ist segensreich. Das Ablehnen von Veränderungen per se kann allerdings gewiss nicht zu Verbesserungen führen, sondern allenfalls die Gegenwart einfrieren: Das Land versteinert.

*„Das Alter verklärt oder versteinert.“*

Marie von Ebner-Eschenbach

Wenn eher risikoaverse und veränderungsscheue Bürger Politiker wählen, die wiederum ihre entsprechenden expliziten und impliziten Wahlaussagen umsetzen, sind strukturelle Reformen und aktiv vorangetriebener Wandel kaum zu erwarten – Verwaltung kommt dann vor Zukunftsgestaltung. Wie könnte sich wohl ein alterndes Land mit einer Wählermehrheit über 55 den idealen Regierungschef vorstellen? Einmal abgesehen von den Grundbedürfnissen nach Integrität, Erdverbundenheit, Besonnenheit, Sach- und diplomatischer Kompetenz? Vermutlich ruhig und beruhigend, nicht überschießend ambitioniert und nur das jeweils Zwingende angehend. Keine Veränderungen ohne unmittelbare Not, ein geborgenes Wohlfühlen im Hier und Jetzt, von dem absehbare Probleme und noch aufschiebbare, vielleicht anstrengende Problemlösungen nach Möglichkeit ferngehalten werden. Gerne konservativ bzw. strukturkonservierend, die seufzende Sehnsucht erfüllend, alles möge doch bitte einfach so bleiben, wie es ist. „Wir wünschen uns eine permanente Gegenwart, scheuen Stress und Streit. Am liebsten wäre es uns, das ganze Land würde Weltkulturerbe werden: Verändern verboten.“<sup>29</sup> Wer immer dem am nächsten kommt, dürfte Wahlen in einem alternden und eben auch saturierten Deutschland zuversichtlich entgegensehen können.

<sup>27</sup> Walter (2013), S. 312.

<sup>28</sup> Dirk Kurbjuweit, in: Der Spiegel vom 11.10.2010. Mit der „inneren Mitte“ war u.a. Gelassenheit gemeint.

<sup>29</sup> Vgl. Der Spiegel vom 12.06.2015.

Die Wahrnehmung des ökonomischen Status quo als positiv und der Gegenwart als eher angenehm dürfte einen zentralen Unterschied zwischen den verbreiteten Haltungen in Deutschland einerseits und in den USA, Großbritannien und Polen andererseits ausmachen. Wohl wie beschrieben weniger Versteinerung als vielmehr Verklärung hat die schon genannten Abstimmungen in den drei Ländern geprägt. Die Amerikaner, die für Trump stimmten, wollten sogar ausdrücklich Wandel, „change“, nur eben Wandel zurück in die Zukunft: „Great again“ – es soll alles wieder so schön werden, wie es früher (nie) war. In allen drei Fällen betonten die Sieger nationale Souveränität und nationale Arbeitsplätze, innere Sicherheit, dazu traditionelle Werte besonders im Hinblick auf die „klassische“ Familie. Ebenso ließen sie, mit Abstrichen für Großbritannien, die Ablehnung kosmopolitischer, liberaler und als „landesverräterisch“ dargestellter Eliten erkennen sowie Distanz zu Minderheiten.

Im Hinblick auf die Entscheidung für den Brexit, aber weit darüber hinaus reichend, wurde dies so beschrieben: „Im Geist der Vergangenheit haben die Älteren über die Zukunft der Jungen bestimmt – ein Szenario, das allen überalterten westlichen Gesellschaften droht.“<sup>30</sup>

Jenseits von Bauprojekten und Reformverweigerung taucht ebenfalls bei einigen deutschen „Wutbürgern“, bei denen es auch aus historischen Gründen vielleicht etwas weniger um nationale Größe geht und Abstiegsängste durch die ökonomische Faktenlage weniger unterlegt sind, eine andere Art von Ablehnung auf und kann der „Wutbürger“ zum „Angstbürger“ mutieren: „Wer alt ist, hat auch mehr Angst; Angst vor Neuem, Fremdem.“<sup>31</sup> Dabei repräsentiere diese Art Wutbürger „die Spitze eines Prozesses, der als ‚zunehmende Erhitzung des emotionalen Klimas‘ ... beschrieben werden kann und mit dem ein Verfall kooperativer Umgangsformen, Wellen der Feindseligkeit, der Aufhetzung des Hasses sowie eine Verrohung der Sprache einhergehen. ... Mit dem Wutbürger werden auch diffuse Ängste und Sorgen, Gefühle des Übergangs- und Abhängigseins verbunden. Verengt hat sich der Begriff, indem er heute fast nur noch im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wie Pegida und AfD verwendet wird.“<sup>32</sup>

Die letzte Beobachtung sollte, wenn sie denn zutrifft, nicht zu vorschnellen Schlussfolgerungen im Bezug auf Zusammenhänge mit dem Alter führen. Diese scheinen durchaus nahezuliegen oder nahegelegt zu werden, wenn über „em-

pörte Grauköpfe“ geschrieben und dies in den Zusammenhang nicht von Widerstand gegen Bauprojekte, sondern der Debatte um Flüchtlinge gestellt wird. Die große Zuwanderung 2015 habe zu einer „Geronto-Maskulinisierung“ öffentlicher Diskussionen geführt, durch ältere Männer, „denen es eine unbändige Lust zu bereiten scheint, auf Ressentiments zurückzugreifen.“<sup>33</sup> Zu diesem Eindruck mag eine Äußerung des Bundesfinanzministers beigetragen haben, der schon im Januar 2015 in der Alterung der deutschen Gesellschaft eine Ursache für das Erstarken der „Anti-Islam-Bewegung“ Pegida ausmachen wollte: „Ein wachsende Zahl der Älteren ist heute mehr oder weniger frei von materiellen Sorgen, und darum machen sich manche eben andere Sorgen“. Wenn es den Menschen gut gehe, „sind sie leichter ansprechbar für Populisten, die ihnen versprechen, alles könnte von nun an so bleiben, wie es ist.“<sup>34</sup> So leicht, wie es sich unbestreitbar auch viele ältere Wirrköpfe mit einfachem Weltbild und hohem Maß an „Politikverdrossenheit“ machen, sollte man dies bei der „Wählerbeschimpfung“ nicht tun. Besorgte oder protestierende Bürger in eine Ecke zu stellen, vermag ihren Verdross noch anzuheizen. Sachlich kritische Fragen dazu, wer 2015 warum nach Deutschland kam, in welcher Form dies verlief, welche Folgen es hat und wem es unter welchen Voraussetzungen nützt<sup>35</sup>, sind ebenso wenig ein Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit wie Kritik am Zustand der EU und der Haushaltspolitik südeuropäischer Länder Ausdruck von Nationalismus. Aus der hergestellten Verbindung von Rechtspopulismus und Alter kann übrigens auch umgekehrt ein Schuh werden: „Jüngere Wähler favorisieren Protestparteien. Und auch durchaus demokratiefeindlich. ... Wenn nur Alte und Frauen wählten, hätten wir eine Superqualität an Demokratie.“<sup>36</sup>

Insgesamt allerdings unterstreicht die doch ausgeprägte Verbindung zwischen Alter einerseits und andererseits der Offenheit für Innovation und Wandel, der Risikobereitschaft und der Neigung zum Protest im Sinne eines „Weiter so“: Es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass man in jüngeren Jahren eher zu gewinnen und im Alter eher mehr zu verlieren hat. Aus dem einen resultiert zwangsläufig, Veränderungen eher als Chance und nicht per se als negativ zu betrachten, aus dem anderen eher Angst vor Wandel. Generell waren Zukunftsängste trotz der relativ angenehmen Gegenwart in Deutschland 2016 offensichtlich verbreiteter denn je: „Einen so rasanten Zuwachs des Sorgenhaushalts hatten wir bisher noch nicht.“<sup>37</sup> An anderer Stelle heißt es unter dem Titel „Die Angst vor Veränderung“: „Ein Gefühl der Unsicherheit greift um sich. Die Gesellschaft hat sich

30 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25./26.06.2016.

31 Vgl. Der Spiegel vom 11.10.2010.

32 Vgl. Massing (2017).

33 Vgl. Nassehi in: Die Welt, 08.02.2016.

34 Vgl. Der Spiegel vom 17.01.2015.

35 Vgl. Kurzinformation „Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung“ der Stiftung Marktwirtschaft vom Dezember 2016: [www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/kurzinformationen.html](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/kurzinformationen.html).

36 Karl-Rudolf Korte (2017), im Rahmen der Tagung „Alternde Republik, alt aussehende Politik“ der Stiftung Marktwirtschaft am 14.06.2017.

37 Vgl. Die Welt vom 13.07.2016 im Bericht über eine von der Universität Heidelberg begleitete Studie, S. 12.



## DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG.

mit der Gegenwart gut arrangiert, fürchtet sich aber vor der Zukunft.<sup>38</sup> Treffender lassen sich Sorgen einer alternden Gesellschaft kaum ausdrücken, die drohen, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden.

Derartige Befürchtungen sind nicht unbegründet, wie die Jahre 2013 bis 2017 nachdrücklich belegten: Die Große Koalition hat zukünftigen Generationen einiges aufgebürdet, aber eher wenig für sie und ihre/die Zukunft auf den Weg gebracht. Ältere Wähler dagegen wurden gut bedacht. Insofern ist es nur zum Teil richtig, wenn man feststellt, Ältere sorgten als durchaus schlagkräftige, gut orga-

nisierte Lobby, als Empörte und Protestbewegte für eine faktische Veränderungsblockade. Von „Stillstand“ in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestags kann nur als Konservieren des strukturellen Status quo und als Ausbleiben von Reformen gesprochen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken, die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung verbessern und Grundlage für zukünftiges Wachstum sein können. Veränderungen hat es natürlich schon trotz bzw. sogar wegen der alternden Wählerschaft gegeben – nur eben nicht auf der produktiven, sondern auf der konsumtiven Seite.

38 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.01.2016 mit einem Beitrag über Umfragedaten des Instituts für Demoskopie Allensbach, S. 8.

## 5 Wahlkampfprioritäten: Rente, Rente, Rente, Sicherheit?

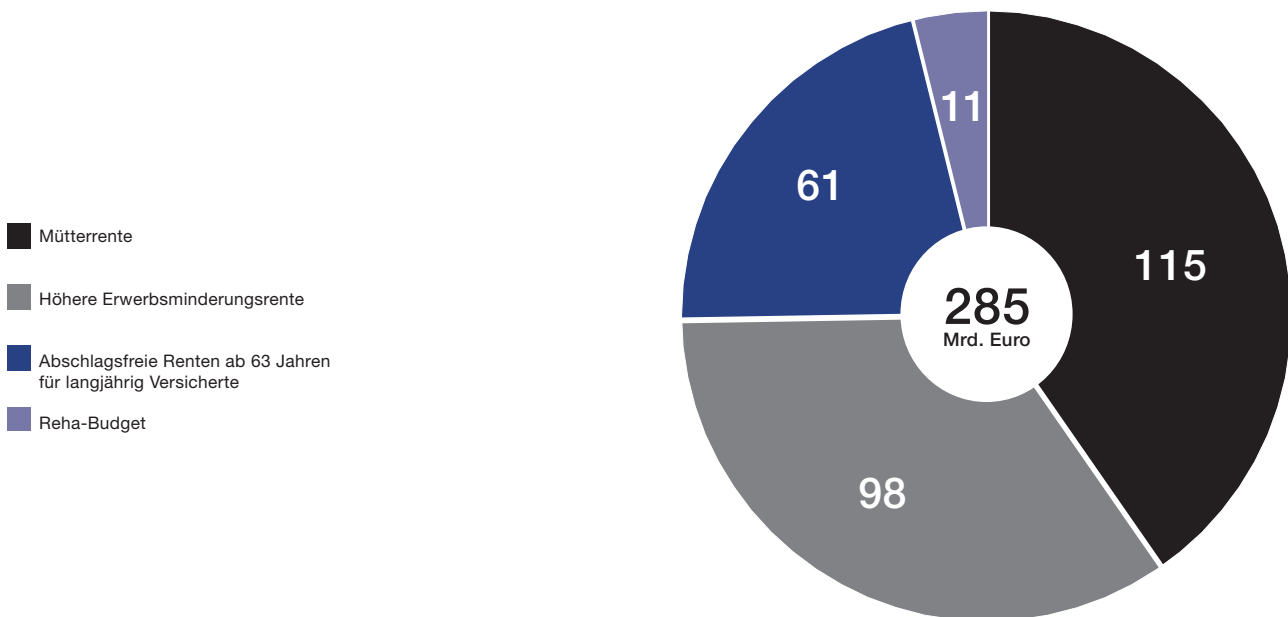
Kaum jemals ist eine Bundestagswahl in solchem Ausmaß als vorgezogenes Weihnachtsfest bzw. herbstliche Bescherung zelebriert worden wie diejenige des Jahres 2013. Dass ältere Wähler in gewachsenem Maß über deren Ausgang mitentscheiden würden, war bekannt.<sup>39</sup> Dass sich bei früheren Urnengängen Angenehmes für Ältere ausgezahlt hatte, ebenso. Schon zwanzig Jahre früher, im Vorfeld der Bundestagswahl 1994, hatte der CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl intuitiv erfasst, dass Wahlkämpfern jeder Besuch in einer Seniorenresidenz mehr bringt als Auftritte an Universitäten oder in Jugendtreffpunkten: Als ihn die ersten Ergebnisse einer noch nicht veröffentlichten Dissertation über Nichtwähler erreichten, mit dem Hinweis auf die höhere Wahlbeteiligungsneigung Älterer bei gleichzeitiger Zunahme ihres Anteils an der Bevölkerung, ließ der Bundeskanzler wissen: „Dann schicken wir unsere Kandidaten am besten in die Altersheime“. Dort konnten diese zudem

die bevorstehende Einführung der Pflegeversicherung als Erfolg an den Mann oder die Frau bringen.

2013 wurden, genau nach diesem Muster, in den Wahlkampfprogrammen der später regierenden Parteien CDU, CSU und SPD weniger Zukunftsinvestitionen als vielmehr Rentenerhöhungen bzw. -verbesserungen in Aussicht gestellt. Mit dem Versprechen der Mütterrente gewannen CDU und CSU 7,7 Prozentpunkte im Vergleich zum Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 hinzu. Führenden Unionspolitikern zufolge war dieses Angebot im Wahlkampf bei allen Veranstaltungen ein Renner und auch nach Erkenntnis von Wahlforschern zentraler Pluspunkt im Wahlkampf der Union: „Kein anderes Thema sorgte in den Bierzelten für ähnliche Begeisterung.“<sup>40</sup> In absoluten (Zweit-)Stimmen steigerte sich die Union um knapp über 3,5 Millionen, was einer „Rendite“ von fast 24 Prozent im Vergleich zum Vorwahlergebnis entspricht. Bei den über 60-Jährigen gewannen CDU und CSU von schon hohem Niveau aus 6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2009 hinzu und kamen bei ihrer treuesten Klientel auf 48,4 Prozent der Stimmen. Noch größer waren, allerdings von zuvor niedrigerer Ausgangsbasis, die Zugewinne mit 8,9 Prozentpunkten bei den sich zumindest in vielen Baby-Boomer-Fällen dem Ruhestand nähernden 45- bis 60-Jährigen. Etwas aus dem Rahmen

### Langfristige Kosten der Rentengeschenke ab 2014

Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Berechnungen: Forschungszentrum Generationenverträge, Stand 2014.



<sup>39</sup> Vgl. Handelsblatt vom 14.08.2013, S. 48, und „Nur wer wählt, zählt!“, Symposium zur Wählermobilisierung 2013 der ProSiebenSat1.MediaAG am 27.06.2013 in Berlin.

<sup>40</sup> Die Welt vom 04.06.2016, S. 11.

fallen nur die stärksten Zugewinne mit 10,4 Prozentpunkten bei den 35- bis 44-Jährigen. Letzteres ist ein Indiz dafür, dass die Rente nicht alles war bei der Wahl 2013 – oder dafür, dass die 35- bis 44-Jährigen uneigennützig bzw. zum eigenen Schaden gewählt haben.

*„Die Welt vergöttert die Jugend, aber regieren lässt sie sich von den Alten.“*

Henry de Montherlant

Die Berechnung der Verteilungswirkungen, die sich aus der Umsetzung der Wahlkampfrentenversprechen von Union und SPD durch deren Große Koalition ergeben, zeigen: Die 60- bis 70-Jährigen sind mit bis zu fünfstelligen Beträgen, die sie im Verlauf ihres Rentenbezugs im Durchschnitt – nicht in allen Fällen! – zusätzlich erhalten, die Hauptgewinner. Für ihr Wahlvotum wurden sie „passgenau“ belohnt. Verlierer sind alle nach 1966 Geborenen – wer zu spät zur Welt kommt, weniger entschlossen zur Wahl geht und sich für Rentenfragen noch nicht ausreichend interessiert, um bei Benachteiligungen für vernehmbare Unruhe zu sorgen,

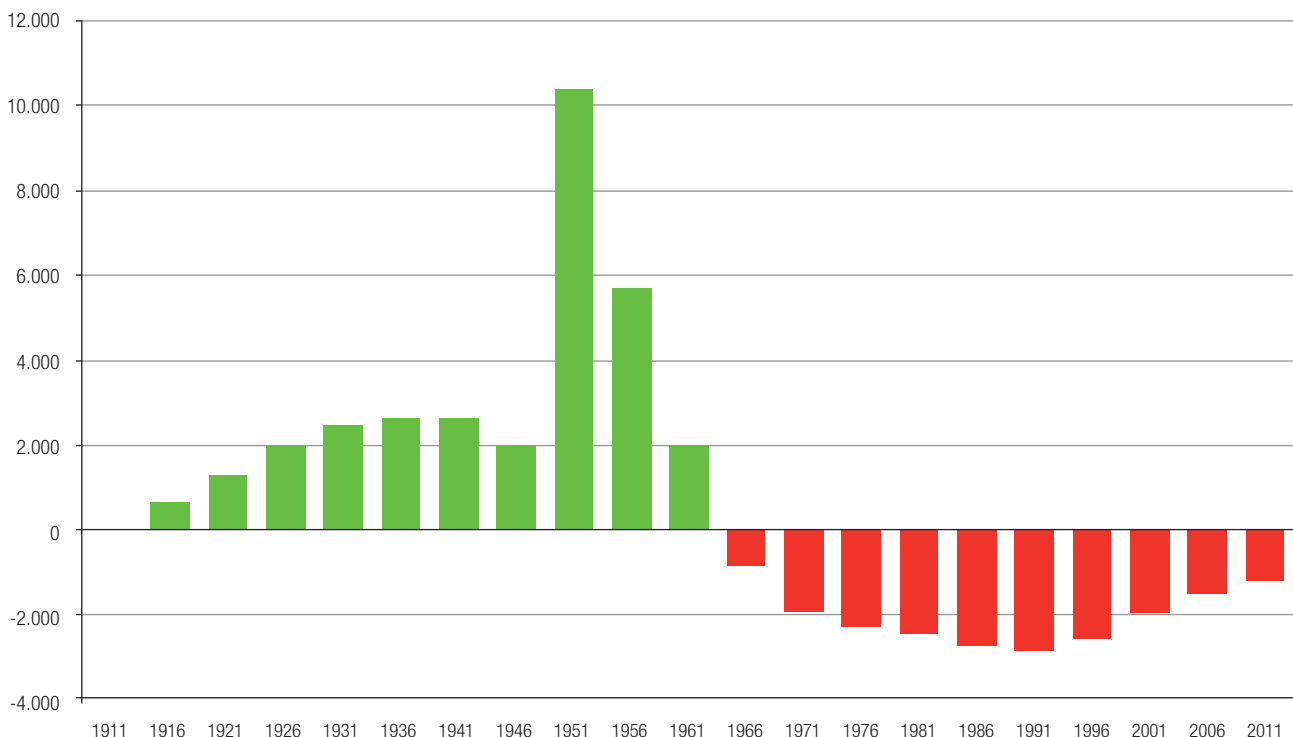
den bestraft die Politik: Zu groß war 2013 die Versuchung, mit wenigen und einfachen Maßnahmen viele Millionen Wahlberechtigte sofort erreichen und die Folgekosten ab 2014, 285 Milliarden Euro, vornehmlich in eine ferne Zukunft schieben zu können.

Die SPD verbesserte sich gegenüber 2009 wieder und gewann vor allem bei den 45- bis 60-Jährigen hinzu, konnte indes mit ihrem Rentenversprechen, nach 45 Beitragsjahren eine abschlagsfreie „Rente mit 63“ zu ermöglichen, nicht mit dem Wachstum des Zuspruchs für die Union mithalten. Dafür erreichte sie nach langen Jahren größerer „Hartz-Folge-Konflikte“ wieder eine tiefere Übereinstimmung mit den Gewerkschaften. Alle anderen Parteien, dramatisch die FDP, daneben Grüne und Linke, verloren, allerdings in allen Altersgruppen.

Gewiss kann man am kleinsten Teil des „Rentenpakets“, dem Reha-Budget, noch mehr Positives finden und eine höhere Erwerbsminderungsrente zumindest teilweise bejahen. Die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren dann womöglich auch, wenn man nur den vom früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Beck gern genannten Dachdecker „mit Rücken“ vor sich sieht. Allerdings bedeuten, erstens, 45 Beitragsjahre in der Logik der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht

### Intergenerative Verteilungswirkungen des Rentenpakets mit Berücksichtigung der zukünftigen Beitragssatzentwicklung – wer zu spät geboren wird, den bestraft die Politik (in Euro)

Quelle: Raffelhüschen/Moog (2014).



zwingend 45 Arbeitsjahre. Und zweitens waren es dann weniger Dachdecker als vielmehr hochqualifizierte und -geschätzte Facharbeiter vorwiegend männlichen Geschlechts, die in vielen Unternehmen schmerzliche Lücken hinterließen: Weitaus mehr als ursprünglich angenommen nahmen das Angebot der abschlagsfreien Rente mit 63 an, und sei es nur, um sich nicht vorwerfen (lassen) zu müssen, man verschenke einen fünfstelligen Betrag.<sup>41</sup>

Auch die „Mütterrente“, sprich, die Verbesserung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Rente (um ein auf zwei Jahre für vor 1992 geborene Kinder) mag frau unter dem Motto „Kind ist gleich Kind, ob vor oder ab 1992 geboren“ gerecht finden. Dabei wird unterschlagen, dass die Maßnahme bei ihrer Einführung nach vorne gedacht war und zu einer höheren Geburtenrate beitragen sollte. Auch Ausbildung ist nach dieser Gerechtigkeitslogik gleich Ausbildung, dennoch wurden heutigen, gut versorgten Rentnern mehr Ausbildungszeiten rentensteigernd anerkannt als es den heute Jüngeren werden, die ohnehin – relativ zu ihrem Einkommen – niedrigere Renten zu erwarten haben. Auch Berufsunfähigkeit ist gleich Berufsunfähigkeit, trotzdem hat der Staat alle bis 1961 Geborenen dagegen abgesichert, während dies alle nach 1961 Geborenen auf eigene Rech-

nung tun müssen. Kurz: Manches im Leben ist eben ungerecht, und so war diese „Ungerechtigkeit“ letztlich nur ein Vorwand, teure Sympathiewerbung zu Lasten Dritter zu betreiben – wohlwissend, dass die vor 1992 geborenen Kinder auch nicht bei jedem Familientreffen gegen ihre ohne Zweifel verdienten Mütter argumentieren würden. Sicher ist: Demographisch bewirkt die Mütterrentennachbesserung des Jahres 2014 nichts mehr. Altersarmut mildert sie kaum, noch beugt sie ihr vor. An der Wahlurne rechnete sie sich zwar, systematisch und fiskalisch bleibt sie eine Sünde. Insgesamt handelt es sich beim „Rentenpaket“ 2014 um eine fragwürdige Ansammlung teurer Gefälligkeiten, die auch Jahre danach noch mehr als ärgerlich ist – die aufwändige Werbekampagne der Bundesregierung eingeschlossen, mit der sich diese für die Mehrausgaben feierte.

Dass die Verantwortlichen, bei allem Verständnis für die politische Wirkung der Maßnahmen, keinerlei Fehlentscheidung in der Sache einräumen wollen, sondern von „Gerechtigkeitslücken“ und „verdienten Verbesserungen“ sprechen, gehört zu dieser Form politischer (Selbst-)Täuschung dazu: Auch im Nachhinein soll der demokratische Souverän ja nicht das Gefühl bekommen, mit Almosen bedacht und quasi gekauft worden zu sein.

### Verdient? Geschenk! Gegenentwurf zur Werbeaktion der Bundesregierung

Quelle: Stiftung Marktwirtschaft.

STIFTUNG  
Marktwirtschaft

www.stiftung-marktwirtschaft.de

## Verdient? Geschenk!

Das Rentenpaket verbaut den Weg in die Zukunft: ab dem 1.7.2014 werden neue Gerechtigkeitslücken geschaffen, frühere Lebensleistungen höher gewichtet und heutige wie zukünftige Lebensleistungen entwertet. Die Rente wird wieder unsicher und Generationenungerechtigkeit auf den demographischen Punkt gebracht: Wahltag ist Zahltag.

- ☑ Beitragserhöhungen
- ☑ Steuererhöhungen
- ☑ Fachkräftemangel
- ☑ keine Arbeitnehmerentlastung

Das teure  
**RENTEN  
PAKET**  
So verpacken wir  
Ungerechtigkeit.

<sup>41</sup> Wer gerne bis 65 im Betrieb weiter seinen Mann oder seine Frau gestanden hätte, wäre – aufgrund zusätzlich erworbener Entgeltpunkte – nur mit einer unwesentlich höheren Rente bedacht worden als derjenigen, die ihm/ihr nun schon mit 63 abschlagsfrei offenstand – er/sie hätte also im Hinblick auf die spätere Versorgung fast umsonst zwei Jahre länger gearbeitet.

## Exkurs: Die Rente in (früheren) Bundestagswahlkämpfen

Die erfolgreiche (Wieder-)Wahl stellt ein zentrales, wenn nicht existenzielles Berufsziel dar – wer also wollte es Politikern verdenken, dass sie das Nötige tun bzw. versprechen, um Stimmenmehrheiten zu erreichen und damit Wahlen zu gewinnen? Letztlich bekommt der Wähler die Politiker bzw. Politik, die er verdient – und sprach oft genug allem Anschein nach eher auf kurzfristige, meist materielle Reize anstatt nach der Nachhaltigkeit und Prinzipienfestigkeit politischer Entscheidungen zu fragen.

Es ist deshalb eine gewisse demokratische Normalität, dass vor jeder Wahl vor allem auf Bundesebene Zusagen erfolgen an Familien, an einzelne Berufsgruppen, an sich von Gerechtigkeitslücken betroffenen Fühlende oder sich betroffen fühlend Geredete, an jüngere Wähler, Bürger mittleren Alters sowie an Rentner und Pensionäre. Meistens balancierten sich die Interessen und Programme am Ende irgendwie aus – wobei indes, wie zuletzt am Rentenpaket 2014 festzumachen ist, die Bündelung von Einzelinteressen nicht zwingend Effizienz und Optimierung bedeutet, sondern auch heißen kann, dass einfach alles und jeder bedacht wurde.

Was aber, wenn für umfassend verbreiteten Wohlgefallen nicht die Mittel und für ein Ausbalancieren der Interessen nicht der politische Wille reicht, weil eine Klientel, die Älteren, insbesondere an den Wahlurnen klar das Sagen hat? Die Kampagne vor und das Ergebnis bei der Bundestagswahl 2013 mögen darauf ebenso hindeuten wie die folgende Auswahl von Wahlkampfverlockungen für Ältere schon in Bundestagswahlkämpfen, in denen sie noch keinen so entscheidenden Anteil an der Wählerschaft innehatten.

Natürlich muss man dies mit Vorsicht betrachten: Wahlergebnisse sind grundsätzlich nicht monokausal zu erklären, Veränderungen von Stimmanteilen kommen meist nicht Umstürzen gleich. Abweichungen zu vorherigen Wahlergebnissen von drei, vier oder mehr Prozentpunkten z.B. bei den Älteren müssen auch nicht mit der Bewertung von Rentenfragen zusammenhängen. Dennoch finden sich einige Indizien für entsprechende Korrelationen und eine Häufung von ähnlichen Phänomenen, die zur Erklärung beitragen könnten, warum auch 2017 Wetten auf die Kurzfristfixierung der Wähler abgeschlossen und gegen jede fiskalische und ordnungspolitische Vernunft Versprechen abgegeben wurden.

### Eine gute Wahlperiode für Ältere: Verbesserungen für Rentner 2014–2017\*

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge, BMAS.



\* Das Rentenpaket 2014 war ein politisches Geschenk, die Rentenerhöhungen 2015 bis 2017 ergaben sich dagegen aus der Anpassung an die Lohnentwicklung.



### 1957

Gegen den Rat von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und zahlreichen Ökonomen führt die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer zum 1. Januar 1957 die umlagefinanzierte Rentenversicherung ein: „Kinder kriegen die Leute immer“. Kurzfristig behielt Adenauer mit diesem Motto Recht, zudem führte der Beschluss zu einer hohen Zahl sogenannter „Einführungsgewinner“: Ältere, die in das neue System nicht eingezahlt hatten – es auch gar nicht konnten – aber sofort von einer mit der Reform einhergehenden Rentensteigerung von durchschnittlich 60 Prozent profitierten. Das zahlte sich aus: Bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 gewann mit der Union zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei(enfamilie) die absolute Mehrheit der Stimmen. Bei den über 60-Jährigen kamen CDU und CSU auf 52,6 Prozent<sup>42</sup> und eine Verbesserung von 5,5 Prozentpunkten gegenüber 1953. „Der gekaufte Sieg“<sup>43</sup> war dem Startvorteil einer Regierung zu danken – nur sie konnte mit konkreten Gaben locken. Die oppositionelle SPD dagegen hatte zwar als einzige in Wahlplakaten das Thema Altersversorgung aufgegriffen, konnte aber nur in bescheidenerem Maße hinzugewinnen. 1961 plakatierten die Christdemokraten übrigens „Denkt an morgen – wählt CDU“. Sie verloren die absolute Mehrheit.

### 1972

Nun regierte die SPD, die „hinzugelert“ hatte: Mit dem im September 1972 beschlossenen SPD-Wahlprogramm stellte der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt unter dem Stichwort „Gerechtigkeit für Rentner“ noch für das laufende Jahr „für alle Rentner ... Rentenerhöhungen von insgesamt durchschnittlich 14,4 Prozent – eine noch nie dagewesene Jahresrate“<sup>44</sup> in Aussicht. Die Rentenerhöhung 1973 von 9,5 Prozent wurde kurzerhand auf den 1. Juli 1972 vorgezogen. Im Verhältnis zur damaligen Inflation und mancher Tarifierhöhung waren diese Zahlen nicht so beeindruckend, wie sie Jahrzehnte später klingen – aber schon eine Ansage, die ein gutes Echo fand: Mit 42,2 Prozent der Stimmen der über 60-Jährigen erreichten die Sozialdemokraten zwar nicht den Stimmenanteil der bei Senioren fast schon traditionell kaum schlagbaren Union, aber einen deutlichen Zugewinn und in der Geschichte der Bundesrepublik ihr wohl bestes Ergebnis in dieser Altersgruppe – eine wesentliche Grundlage für den Sieg bei der „Willy-Wahl“ am 19. November 1972.

### 1987

1986 führte die schwarz-gelbe Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente ein. Was auf der einen Seite als Akt der Gerechtigkeit und demographischer Anreiz bzw. Lohn interpretiert werden kann, verstößt andererseits klar gegen das Äquivalenzprinzip, auf dem die staatliche Rentenversicherung basieren sollte: Auszahlungen von Renten müssen entsprechende Einzahlungen von Rentenbeiträgen vorausgegangen sein – je mehr und je länger Beitragszahlungen erfolgten, desto höher die Rente.

Ebenfalls 1986 plakatierte ein unterhaltsamer Bundesminister so eingängig wie irreführend „Die Rente ist sicher“. Die staatliche Werbekampagne zur Beruhigung der Rentner war Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und hatte natürlich mit den Parteien CDU und CSU nichts zu tun. Damit aber auch jeder potentielle Wähler des Folgejahres bemerkte, wer als „Vater Staat“ so segensreich wirkte, tauchte das Wort „Rente“ erstmals auf Wahlplakaten auf. Die CDU warb mit „Weiter so Deutschland! Stabile Preise, sichere Renten, mehr Arbeitsplätze.“ – auch eine bemerkenswerte, damals kaum bemerkte Rangfolge der Ziele. Die Älteren nahmen all dies indes sehr wohl wahr – während der Wahlgewinner Union am 25. Januar 1987 insgesamt zwar fast 4,5 Prozentpunkte an Stimmen verlor, konnten CDU und CSU bei den über 60-Jährigen das herausragende Ergebnis von 1983 wiederholen und in dieser Altersgruppe ihre absolute Mehrheit stabilisieren, mit 52,3 Prozent.<sup>45</sup>

### 1990

Nach der demographisch und familienpolitisch motivierten, gut gemeinten ordnungspolitischen Sünde der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung drehte sich das Rad der sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ immer schneller. Eine politisch nachvollziehbare, systematisch aber falsche und fiskalisch folgenreiche Entscheidung erfolgte im Zusammenhang mit dem Glücksfall der Deutschen Einheit 1990: Aktuelle und zukünftige Rentner aus den neuen Bundesländern sollten aus der umlagefinanzierten (West-)Rentenkasse voll versorgt werden, in die sie nie oder erst nach 1990 ein wenig eingezahlt hatten. Das politische Zugeständnis, sozialistische Arbeit gleichrangig oder sogar besser zu würdigen als marktwirtschaftliche Arbeit mit Entrichtung von Rentenbeiträgen, vereinfachte die Bewältigung der Wiedervereinigung deutlich. Es half den einen in starkem Maße und tat

42 Vgl. Der Bundeswahlleiter (2014).

43 Titel eines Beitrags des „Tagesspiegel“ vom 01.08.2013, in dem auch über den sogenannten „Kuchenausschuss“ der Regierung berichtet wird, der für eine stimmeneinträglichkeit Mischung aus Steuersenkungen, Subventionen und Sozialleistungen sorgte.

44 Vgl. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/a83-02241.pdf>.

45 Repräsentative Wahlstatistiken, die in ausgewählten, repräsentativen Wahlbezirken erhoben werden, vermitteln anders als Umfragen mit all ihren methodischen Unzulänglichkeiten Aufschlüsse über tatsächliches Wahlverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen, von Männern und Frauen sowie unterschiedlichen Alterskohorten. Diese offiziellen Angaben und damit auch hier genannte Prozentzahlen bezogen vom Beginn 1953 bis 1990 die Briefwähler grundsätzlich nicht mit ein, erst im Rahmen der gesetzlichen Neuregelung ab 2002 konnten auch bei dieser zunehmend wichtigen Form der Stimmabgabe die Präferenzen nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.



01



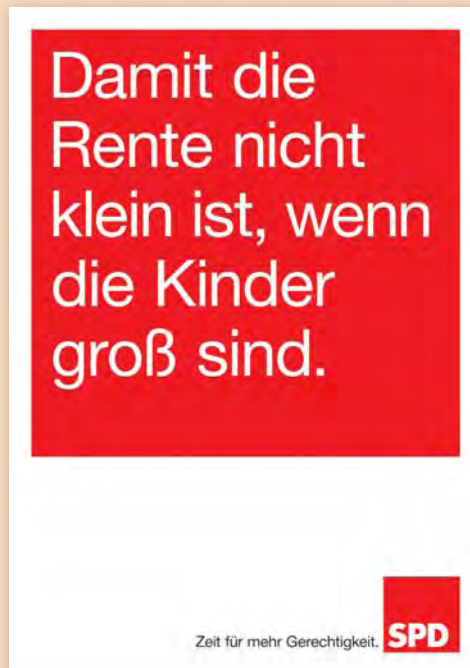
02



03



04



05

- 01 „Alter ohne Sorgen“, SPD 1957, © SPD/AdsD
- 02 Minister Blüm mit Plakat „Die Rente ist sicher“, 1986
- 03 „Weiter so, Deutschland“, CDU 1987, © KAS/ACDP 10-001: 2913 CC-BY-SA 3.0 DE
- 04 „Für ein Alter ohne Armut“, SPD 2013
- 05 „Damit die Rente nicht klein ist, wenn die Kinder groß sind“, SPD 2017, © SPD

den anderen (noch) nicht spürbar weh – ein Muster, das sich später häufiger zeigen sollte. Für West-Rentner änderte sich scheinbar nichts, für Jüngere waren mögliche Folgen zu weit weg, die Ost-Rentner gewannen: Es überraschte am Wahltag des 2. Dezember 1990 nicht wirklich, dass die CDU von den nun gesamtdeutschen über 60-Jährigen mehr Stimmen erhielt als von den westdeutschen im Jahr 1987. Die SPD mit dem an der Einheit herumkriechenden Oskar Lafontaine brach bei den über 60-Jährigen um fast 6 Prozentpunkte ein und verlor ein Sechstel ihrer älteren Wähler von 1987. Leicht verlor gegen den Gesamttrend für die Union bei den Älteren über 60 auch die CSU: Bayern liegt im Westen...

### 1994

Erstmals wurde von den Wahlkämpfern systematischer als bei früheren Urnengängen auch „technisch“ an die Stimmabgabe Älterer herangegangen, z.B. Fahrdienste zu den Wahllokalen angeboten. Inhaltlich ging es bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 weniger um die Rente als um die Pflege – ein Thema aber, das naturgemäß 70-Jährige mehr bewegt als 20-Jährige. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte zu Beginn des Jahres scheinbar aussichtslos gegen seinen Herausforderer Rudolf Scharping zurückgelassen. Dann halfen ihm ein wirtschaftlicher Aufschwung und, nach Ansicht vieler Wahlforscher mitentscheidend, die angekündigte Wohltat der Einführung einer Sozialen Pflegeversicherung, vor der bzw. deren ausufernden Kosten viele Ökonomen gewarnt hatten<sup>46</sup> – wie 1957 vor dem fast abschließlichen Setzen auf die umlagefinanzierte Rente.

Helmut Kohl blieb bei seiner früheren Aussage, er wolle Wahlen gewinnen und nicht den Ludwig-Erhard-Preis. Er legte sich auf die umlagefinanzierte allgemeine Pflegepflichtversicherung fest und stellte damit „Einführungsgewinne“ in Aussicht – sofortige Leistungen ohne eigene, frühere Beiträge – wie 1957 Konrad Adenauer. Das Wahlergebnis schien ihm recht zu geben. Die Segnungen wurden mit der regierenden Union und weniger mit der auch durch ihren Sozialexperten Rudolf Dressler und im Bundesrat beteiligten SPD verbunden.

In welchem Maß genau die anstehende und bei der Wahl beworbene Einführung einer Pflegeversicherung Ältere für die Union mobilisiert hat, lässt sich leider nicht belegen. Weil plötzlich Datenschutz-Bedenken bzw. Zweifel an der Akzeptanz der Repräsentativbefragungen aufkamen, waren diese jahrzehntelang durchgeführten Wahlstatistiken vom Präsidium des Deutschen Bundestages 1994 und dann auch 1998 ausgesetzt worden.

### 1998

Für die Bundestagswahl am 27. September 1998 mit der Folge eines erstmals in der Geschichte der Republik durch den Souverän herbeigeführten Machtwechsels sind ebenfalls keine präzisen Aussagen zum Wahlverhalten nach Alter möglich. Viel spricht allerdings dafür, dass insbesondere starke Zugewinne bei älteren Bürgern die Grundlage für den Wahlsieg des späteren Bundeskanzlers Gerhard Schröder bildeten: Zum zweiten Mal nach 1972 erreichte die SPD mehr Stimmen als CDU und CSU zusammen.

Die Sozialdemokraten hatten aus den Erfahrungen 1994 und mit der Pflegeversicherung ihre Schlüsse gezogen und „revanchierten“ sich: „Innovation und Gerechtigkeit“ lautete ihr erfolgreiches Wahlkampfes, zum zweiten Teil gehörte dabei vor allem die in Aussicht gestellte Rücknahme des sogenannten „Demographiefaktors“ in der gesetzlichen Rentenversicherung, eines besonders heißen Eisens in der politischen Auseinandersetzung.

Dieser Demographiefaktor war von der schwarz-gelben Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht worden und sollte ab dem 1. Januar 1999 mit dem Rentenreformgesetz wirken. Ziel war, bei der Rentenberechnung die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, um die Arbeitskosten durch Rentenbeiträge nicht übermäßig zu belasten. Durch den Faktor wären die Renten merklich langsamer gestiegen – in gewisser Weise wäre dies einer Rentenkürzung gleichgekommen und wurde auch so empfunden: Unter den Rentnern und denen, die kurz vor der Rente standen, herrschte also Unruhe, die aufzugreifen und politisch zu nutzen relativ einfach war:<sup>47</sup> Zusätzliche Rentenleistungen kommen beim Wähler besser an als Reformen, die Einschnitte bedeuten – und seien letztere zeitlich noch so fern.

46 Dies übrigens mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass wirklich Bedürftigen im Pflegefall auch von der Allgemeinheit geholfen werden müsse, dies aber zielgenauer schon vor der Einführung der Pflegeversicherung durch die Sozialhilfe erfolgt sei – allerdings mit einer Einzelfallprüfung, die nun beim so bezeichneten „Erbschaftssicherungsprogramm für die Mittelschicht“ entfiel.

47 An den demographischen Fakten führte trotz aller politischen Kampagnen kein Weg vorbei – nur wenige Jahre später führte die Regierung Schröder, die den Demographiefaktor zum Amtsantritt aus- und ihr Wahlversprechen umgesetzt hatte, ihn in ähnlicher Form als „Nachhaltigkeitsfaktor“ wieder ein. Nicht nur manche Sozialdemokraten sehen auch darin einen Grund für das schlechtere Wahlergebnis 2002 und die Wahlniederlage 2005.

### 2009

Fast erstaunlich war angesichts mancher Erfahrungen mit dem Thema „Rente“ an den Wahlen die Bereitschaft der Großen Koalition im Jahre 2008, demographisch eins und eins zusammen zu zählen<sup>48</sup> und, mit langem Übergangszeitraum bis 2030, die Rente mit 67 einzuführen – faktisch ebenfalls eine Rentenkürzung, nach deren Beschluss Norbert Blüms Diktum von der „sicheren Rente“ tatsächlich wieder zutraf.

Neben der Schuldenbremse zum gleichen Zeitpunkt sollte dies für annähernd ein Jahrzehnt die letzte nachhaltige Reformleistung einer Großen Koalition bleiben. Auch die zweite Große Koalition fiel schon unmittelbar nach diesem Schritt – vielleicht auch kompensatorisch motiviert – in den Wahlkampfmodus und bestätigte die Sorge, eine Große Koalition sei eher mit großen Ausgaben als mit großen Aufgaben gleichzusetzen. Ohne Not beschloss die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Bundesregierung 2008 eine Rentenerhöhung zum 1. Juli des Vorwahljahres 2008, die nach gesetzlichen Kriterien und den üblichen Regeln z.B. der Rentenanpassung infolge der Bruttolohnentwicklung nicht begründbar war.<sup>49</sup> Nicht einmal die entsprechenden Interessengruppen hatten gefordert, was bei der Plenardebatte im Deutschen Bundestag beschrieben wurde als „außerordentliche Rentenerhöhung...“, um den Rentnerinnen und Rentnern die Botschaft zu geben, dass sie nicht vergessen sind.<sup>50</sup>

Dazu kam die Bundesregierung unter dem Eindruck der Rezession auf die Idee, die wachsende und auch politisch immer bedeutendere Gruppe der Rentner gegenüber der arbeitenden Bevölkerung in besonderer Weise zu privilegieren: Aus der Bruttolohnanpassung wurde per Gesetz eine Einbahnstraße gemacht. Seit 2009 profitieren die Rentner wie schon zuvor von einer positiven Entwicklung der Wirtschaft, gemessen an den steigenden Bruttolöhnen steigt die Rente dann ebenfalls an. Von den Risiken wirtschaftlicher Entwicklung, die sie bis dato und eben auch im Wahljahr 2009 hätten mittragen müssen, wurden die Bezieher gesetzlicher Renten nun allerdings ausgeklammert: Löhne können in Krisenzeiten, z.B. durch Kurzarbeit, sinken – Renten können nur steigen, wenn auch „ausgesetzte Senkungen“ später in Form eines verminderten Anstiegs nachgeholt werden.

Bekanntermaßen werden Leistungen einer Regierung am ehesten mit dem Regierungschef bzw. in diesem Fall der Regierungschefin verbunden: Die doppelte Besserstellung der Rentner 2009 wurde Angela Merkel, nicht Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz zugerechnet – für die Rente mit 67 aber offensichtlich die SPD abgestraft von denen, die von dem Schritt gar nicht betroffen waren: CDU und CSU konnten bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 bei den über 60-Jährigen ihr Ergebnis von 2005 stabilisieren, die SPD dagegen brach in dieser Altersgruppe ein, erreichte statt 34,1 Prozent 2005 nur noch 27,3 Prozent der Stimmen der über 60-Jährigen.

Noch ein Phänomen fiel im Vorwahlkampf 2009 auf, nämlich frühe „Wutbürger“ noch vor der Entstehung des Begriffs: Der junge Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, damals keine 30 Jahre alt, hatte die außerordentliche Rentenerhöhung als „Wahlkampfeschenk“ zu bezeichnen gewagt. Dies brachte ihm von Älteren viele und aggressive Beschimpfungen ein, wie sie wenige Jahre zuvor in ähnlicher Weise der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, erfahren hatte. Dieser hatte 2003 gefragt, inwieweit es sinnvoll sei, über 85-Jährigen noch künstliche Hüftgelenke einzusetzen. Beiden Unionsmännern war auch parteiintern gedroht worden, ihre berufliche bzw. politische Laufbahn könne schneller enden als sie planten. Mißfelder schien in der Folge zeitweilig nur noch zusammen mit dem Vorsitzenden der Senioren-Union der CDU aufzutreten. Spahn erreichte unter anderem durch das Zitieren seiner „Omma“ in politischen Reden einen Burgfrieden mit deren Altersgenossen.<sup>51</sup> Andere jüngere Politiker hielten sich lange Zeit mit entsprechend klaren Äußerungen merklich zurück, berichteten aber wie beispielsweise der Parlamentarier Carsten Linnemann von vergleichbaren Erfahrungen, in seinem Fall im Januar 2014 nach einer Fernsehdiskussion zum Thema „Das große Rentengeschenk: Kassieren die Älteren die Jüngeren ab?“<sup>52</sup>.

Auch Wissenschaftler oder Angehörige der öffentlichen Verwaltung, die sich nicht im Sinne von auf ein „Mehr und sofort“ ausgerichteten Rentnern äußern, werden schnell bis hin zu massiven Bedrohungen von Leib und Leben bedacht.<sup>53</sup>

48 „Volksschule Sauerland“, wie es der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering knapp ausdrückte.

49 Diese sollte allerdings später mit ohnehin anstehenden Rentenerhöhungen verrechnet werden, was dann auch tatsächlich erfolgte.

50 MdB Peter Weiß (CDU/CSU) laut Plenarprotokoll am 08.05.2008.

51 Vgl. Focus vom 29.07.2017, S. 41.

52 Der CDU-Bundestagsabgeordnete, Jahrgang 1977, erhielt nach seinem Auftritt bei Sandra Maischberger reichlich „Feed-Back“, vornehmlich von älteren Bürgern und sehr begrenzt begeistert.

53 Vgl. Die Welt vom 23.01.2015: „Ein Rentner mit Krückstock wollte mich verhauen“. Oder Kölner Express vom 12.07.2016 („Deutschland wird Alten-Republik“): Danach beschimpfte ein älterer „Herr“ aus Köln, dem die Mahnung der Stiftung Marktwirtschaft zu mehr Generationengerechtigkeit nicht behagte, fast noch freundlich, das Team als „Armluchter, Abzocker und Schmarotzer“.

„Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt,  
kriegt augenblicklich Junge.“

Wilhelm Busch

Für die weit überwiegende Zahl der Deutschen waren die Jahre 2013 bis 2017 eine wirtschaftlich angenehme Zeit – gar nicht unbedingt wegen oder trotz der Großen Koalition. Die Arbeitslosigkeit sank weiter, die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter erreichte immer neue Rekordhöhen, die Löhne stiegen auf breiter Front und weit über dem Niveau der Geldentwertung. Der Staat, der von Niedrigzinsen und wachsenden Steuereinnahmen profitierte, ließ – in guter Zeit! – Sozialausgaben schneller wachsen als es das Bruttoinlandsprodukt tat: Viel Gießkanne für viele. Warmer Regen trifft nicht zielgenau, kommt aber an.

Mehr als andere gesellschaftliche Gruppen profitierten die älteren Mitbürger, die „glücklichen Alten“<sup>54</sup>, deren Einkommen sich besonders stark entwickelten. Dazu trugen neben der privaten und betrieblichen Altersversorgung das Ren-

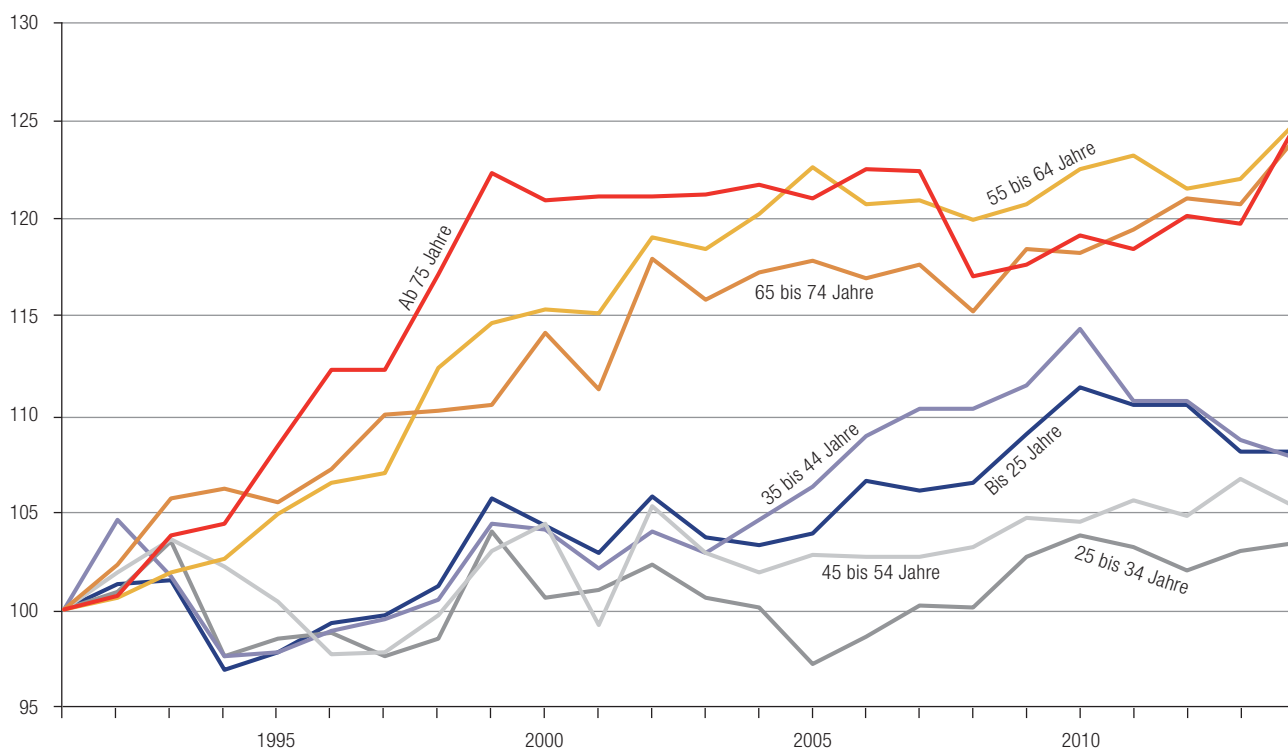
tenpaket 2014 und beachtliche Rentenzuwächse insbesondere 2015, 2016 und 2017 bei, die sich aufgrund der üblichen Orientierung an den Lohnzuwächsen ergaben. Im letzten Fall handelt es sich also nicht um eine politische Sondergratifikation, gleichwohl unterstreicht das positive Ergebnis die Schlussfolgerungen aus einer Studie über längere Beobachtungszeiträume: Ihr zufolge sind die durchschnittlichen bedarfsgewichteten realen Nettoeinkommen der 65- bis 74-Jährigen in Westdeutschland seit Mitte der 1980er Jahre um durchschnittlich 52 Prozent gewachsen, die der Bürger unter 45 Jahren in der gleichen Zeit nur um 21 bis 31 Prozent. Nimmt man das erste Jahr deutscher Einheit, 1991, als Referenzpunkt, kamen die über 55-Jährigen auf ein Plus von 25 Prozent, die Jüngeren kaum auf 10 Prozent. Von Armut ist die Gruppe der über 65-Jährigen inzwischen weniger betroffen: Im Jahr 1984 fand sich knapp ein Drittel der Ruheständler im ärmsten Einkommensfünftel wieder, 2014 dagegen nur noch 19 Prozent.<sup>55</sup>

Wer hat, dem wird auch im Bundestagswahlkampf 2017 gegeben. Erneut, wenn auch etwas weniger offensichtlich als vier Jahre zuvor, begann ein „Rentner-Wahlkampf“, in

### Realeinkommensentwicklung nach Altersgruppen

Durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen\* innerhalb einer Altersgruppe in Preisen des Jahres 2014, Index 1991 = 100

Quelle: Kochskämper/Niehues (2017), S. 120.



\* Das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) berücksichtigt Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften und rechnet alle Einkommen auf den Bedarf eines Alleinstehenden um.

54 Vgl. Spiegel Online vom 01.03.2017 über eine breit angelegte Generationenstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach.

55 Vgl. Kochskämper und Niehuis (2017).

dem „die Rente vor niemandem sicher ist“<sup>56</sup>: Die kaum bestreitbar gute Ausgangslage für Ältere hindert angesichts ihrer weiter gewachsenen Zahl die Parteien nicht, auch 2017 die Senioren besonders zu pflegen. In bewährter Weise wurden neue Großzügigkeiten in Aussicht und dazu das Thema „Sicherheit“ in das Schaufenster gestellt. Unter diesem Synonym von Bewahrung führt z.B. die Union ihren Wahlkampf. Und, Hand aufs Herz, wer ist nicht, im Unendlichkeitspräsenz formuliert, „für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“? Wenn die Mehrheit der Wähler insgesamt eher auf Status quo, Bewahrung und Sicherheit als auf Wandel, Innovation und Dynamik setzt, eher Risiken sieht als Chancen, richten sich die Wahlstrategen der Parteien eben darauf aus.

Die SPD kündigte an, es sei Zeit für mehr Gerechtigkeit und bildete sympathische Rentner von heute mit dem Motto ab: „Damit die Rente nicht klein ist, wenn die Kinder groß sind“. Aber welche Rente bekommen diese Kinder wohl noch, wenn sie ihrerseits alt sind? Das wiederum scheint die Sozialdemokraten nur begrenzt zu interessieren, zielten die von ihnen propagierten „Haltelinien“ doch nur bis 2030: Genau dann, wenn die schwierigste Zeit beginnt, wenn viele Baby-Boomer in den Ruhestand gehen und auch Altersarmut um sich greifen könnte, endet die Planung bzw. Wahltaktik, die wohl doch vor allem auf eine angenehme Sofortwirkung abzielt. Schon von der rot-grünen Bundesregierung war 2001 im Rahmen des Altersvermögensergänzungsgesetzes und 2004 mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitgesetz beschlossen worden, absehbare Rentenbeitragssteigerungen von knapp über 18 Prozent des Bruttolohns auf maximal 20 Prozent bis 2020 und 22 Prozent bis 2030 zu begrenzen. Das gesicherte Rentenniveau vor Steuern sollte 2020 im Verhältnis zum Lohn nicht unter 46 Prozent, 2030 nicht unter 43 Prozent liegen. Diese Mindestsicherung für künftige Beitragszahler erscheint, da spürbare Auswirkungen auf der Leistungsseite näher rücken, 2017 plötzlich nicht nur der SPD „unattraktiv“. Die Sozialdemokraten stellten allerdings die teuerste Korrektur in Aussicht: Eine „doppelte Haltelinie“ bei Rentenniveau und -beitragssatz. Stabilisierte man das Rentenniveau, wie von der SPD gefordert, auf dem Status quo von rund 48 Prozent, entstünde eine über die Jahre addierte Finanzierungslücke von sage und schreibe 1,6 Billionen Euro zu Lasten künftiger Beitrags- und Steuerzahler.<sup>57</sup>

Die Grünen, lange eher eine Partei der Jüngeren, schrieben zwar als einzige in einer alternden Gesellschaft das Wort „Zukunft“ auf Wahlplakate und über ihr Wahlprogramm („Zukunft wird aus Mut gemacht“), wollten aber auch nicht als knauserig in der Gegenwart dastehen. Aus ihrem Ergeb-

nis von 4,3 Prozent 2013 bei den über 60-Jährigen zogen sie den Schluss, ebenfalls einer Renten-Offensive zu bedürfen: Diese besteht unter anderem in einer neuen Mindestrente, genannt „Garantierente“, von 900 Euro monatlich für Geringverdiener mit 30 Versicherungsjahren, ohne Anrechnung von Betriebsrenten und privater Vorsorge. Andere sind allerdings noch „mutiger“: Stärker als die Union, die Sozialdemokraten und die Grünen neigen die Linken dazu, Leistungsausweitungen in der Gegenwart über die Beitragsstabilisierung für die Zukunft zu stellen, werden für den schnellen Zuspruch bei Älteren die Interessen der Jüngeren und die fiskalische Nachhaltigkeit aufgegeben.

Das Wahlprogramm der traditionellen „Seniorenpartei“ CDU klingt im Gegensatz dazu im Jahr 2017 relativ maßvoll. Sicher vernünftig war die Entscheidung, eine ab 2030 vermehrt drohende Altersarmut zu Beginn der 2020er Jahre angehen zu wollen und sich nicht im Wahlkampf 2017 festzulegen. Dies würde nach aller Erfahrung tatsächlich eher zu sofortigen Verbesserungen für heutige Rentner führen und damit Probleme der Zukunft womöglich verschärfen. Ansonsten verlässt man sich bei den Älteren aber ein Stück weit auf Dankbarkeit für die Rentengaben 2014 und für massive Leistungsausweitungen 2015/2016 in der Pflegeversicherung: „... die Menschen wissen, dass die CDU die Garantin für diese Verbesserungen ist, und werden dies auch bei der Bundestagswahl berücksichtigen.“<sup>58</sup>

Weiter gehen die bayerischen Christsozialen: Sie scheinen allzu fest an den beschränkten Horizont des Wählers sowie an die Flachheit seiner Lernkurve zu glauben. So will die CSU einfach das Erfolgsmodell des Wahlkampfes 2013 wiederholen und stellt eine Mütterrente II in Aussicht. Die zusätzlichen Kosten würden sich ab 2018 auf 7 bis 8 Milliarden Euro pro Jahr belaufen, für die Berücksichtigung von Erziehungszeiten durch einen weiteren Entgeltpunkt bei der Rente gölte: „Die Jungen sind die Dummen.“<sup>59</sup> Auch die CDU kann indes nicht ganz die Finger von der Mütterrente lassen und propagiert 2017 das Entfallen der Verrechnung mit der Grundsicherung – ein weiterer Systembruch und weitere strukturelle Mehrausgaben für eine kurzfristige Beglückung im Dienste vermeintlicher Gerechtigkeit. Generationengerechtigkeit kann kaum gemeint sein.

Die einzige gemäßigte Partei, die sich mit Versprechen für Ältere im Bundestagswahlkampf 2017 zurückhält, ist paradoxerweise die Partei, die einer Studie zufolge die älteste Wählerschaft aufweist: die FDP.<sup>60</sup> Ob sie weniger Begehrlichkeiten standhalten muss, weil ihre Wähler zugleich die reichsten sein sollen, sei einmal dahingestellt – unter dem Strich sehen die Wahlprogramme der Parteien nicht nach

56 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.07.2017, S. 15.

57 Vgl. Raffelhüschen et al. (2017).

58 Vgl. Wirtschaftswoche, 28.04.2017, S. 28: Der Satz stammt vom CDU-Sozialpolitiker Karl-Josef Laumann.

59 Vgl. iwd, 27.04.2017, S. 6.

60 Vgl. DIW, Studie vom 19.07.2017, ebenfalls Handelsblatt vom 20.07.2017, u.a. mit der These, die SPD sei keine Arbeiterpartei mehr, sondern zur „Rentner- und Angestellten-Partei“ geworden.

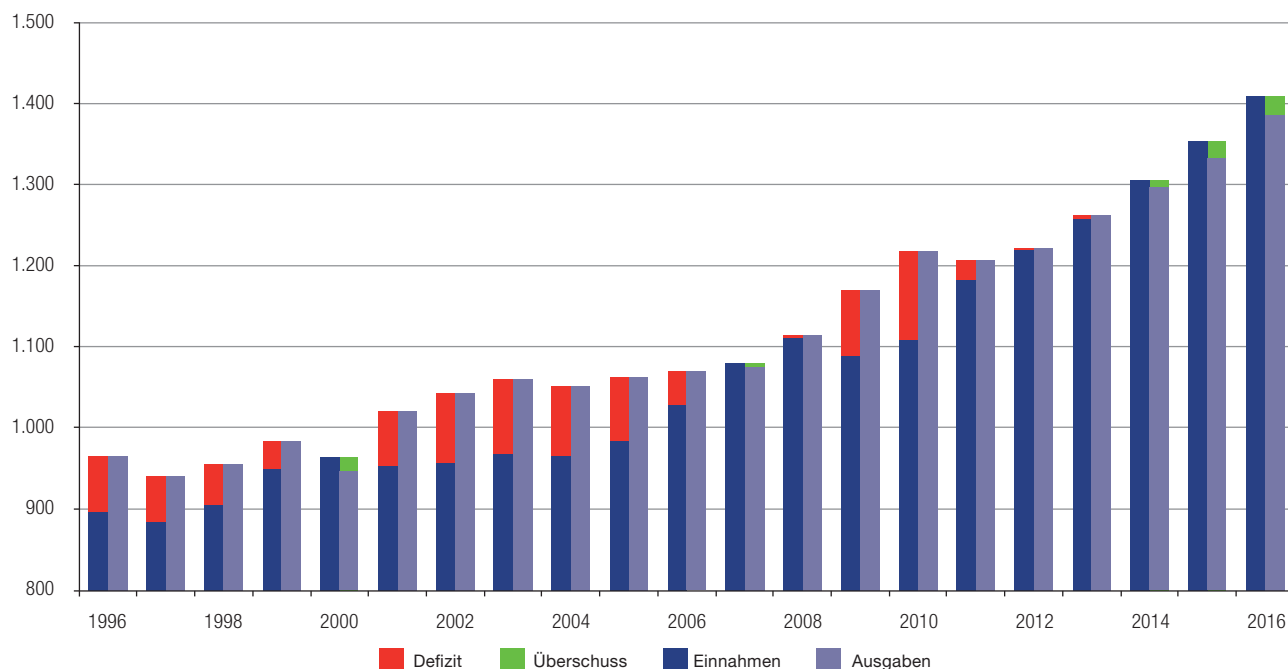
fester Entschlossenheit zu mehr Generationengerechtigkeit und fiskalischer Nachhaltigkeit aus. Von eigentlich notwendigen Schritten hin zu mehr Flexibilität und einer mit wachsender Lebenserwartung auch wachsenden Altersgrenze ist ohnehin nicht die Rede: „Keine Rente mit 70“, da waren sich mit Blick auf die Mehrheit älterer Wähler beim TV-„Duell“ Anfang September 2017 Kanzlerin Merkel und Herausforderer Schulz einig.

Zwei weitere Faktoren lassen die Demographie sogar noch stärker als Herausforderung der Demokratie erscheinen. Erstens sind die Mitglieder insbesondere der Volksparteien und ihrer „soziologischen Unterorganisationen“ (z.B. die Frauen-Union der CDU oder die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD) tendenziell im Schnitt noch älter als die Bevölkerung. Den Volksparteien fällt es schon lange Zeit schwer, Jüngere für ein kontinuierliches Engagement zu gewinnen. Seit der starken Politisierung der 1970er Jahre gehen nicht nur ihre Mitgliederzahlen zurück, sondern auch das Durchschnittsalter hoch. Wie man unter anderem an CDU-Parteitageberatungen zur „Mütterrente“ oder an

vergleichbaren Diskussionen in der SPD zur Rente mit 63 festmachen konnte, haben die tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen Älterer einen durchaus feststellbaren Vorrang bzw. setzen sich eher durch. Zweitens wirken auch die immer besseren und gezielteren Mobilisierungsansprachen stärker auf ältere Wahlberechtigte und sind damit tendenziell geneigt, die Beteiligungsunterschiede eher noch zu vergrößern: Die Möglichkeit der Briefwahl, 1990 von jedem zehnten, 2013 schon fast von einem Viertel der Wähler ergriffen, wird eher von Älteren genutzt. Nicht zufällig zeigt ein Plakat 2017 („Falls am Wahltag etwas dazwischenkommt. Für die CDU schon heute per Briefwahl stimmen“) dazu einen Rentner, keinen Studenten. Auch die zu Recht wieder zu Ehren kommende, von amerikanischen Graswurzelkampagnen inspirierte Haustürmobilisierung erreicht eher ältere Mitbürger. An entsprechend geeigneten, politisch zumindest nicht abgeneigten Adressen ist ein kurzer persönlicher Kontakt die wirkungsvollste Methode, an die Wahl zu erinnern und zur Beteiligung zu ermuntern.<sup>61</sup> Bei denen, die ohnehin stärker zur Stimmabgabe neigen, rennen die Haustür-Wahlkämpfer dabei besonders offene Türen ein.

### Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen – Einnahmen, Ausgaben und Defizite/Überschüsse (in Mrd. Euro, öffentlicher Gesamthaushalt: Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen)

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



61 Bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2017 im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen wurde diese Methode mit großem Erfolg von der CDU praktiziert – erstaunlich ist eher, dass die Haustürbesuche so lange Zeit vernachlässigt worden waren.

## 6 Generationengerechtigkeit als wachsende demokratische Herausforderung

*„Der Politiker denkt an die nächste Wahl, der Staatsmann an die nächste Generation.“*

William Gladstone

Der erste Teil der Äußerung des viermaligen britischen Premierministers in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der 63 Jahre lang Mitglied des Parlaments war, könnte auch als Charakterisierung der Großen Koalition 2013 bis 2017 verstanden werden. Wesentlich stärker als frühere Elefantenbündnisse scheint die daraus hervorgegangene Bundesregierung der demokratischer Machtausübung strukturell innewohnenden Versuchung zu „Zeitinkonsistenz“ erlegen zu sein: Nutzen heute, Kosten morgen.

Das ist legitim und ein Stück weit nachvollziehbar, handelt ein Politiker doch meistens auch als Homo oeconomicus im Sinne eines Erwartungsnutzenmaximierers. „Eine zeitinkonsistente Präferenzordnung liegt vor, wenn sich eine Entscheidung ändert, nur weil der Entscheidungszeitpunkt ein anderer ist. ... Ein typisches zeitinkonsistentes Verhalten ist, wenn ein Mensch eine unangenehme Pflicht immer weiter vor sich her schiebt“<sup>62</sup> – oder der Politiker eine schwierige Reform. Und: „Experimente zeigen außerdem, dass sofortige Auszahlungen häufig überproportional stark bewertet werden“. Zöge der eine 10 Euro heute 11 Euro morgen vor, würde der andere eine Wählerstimme heute über zwei mögliche Wählerstimmen morgen stellen – ganz abgesehen davon, dass der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sich für seine zukunftsweisende Reform-Agenda 2010 an den Urnen bestraft sah, an derartigem potentiellen Nutzen zweifeln würde. Nutzenmaximierung muss allerdings nicht nur aus Machterhalt eines Politikers bestehen. Eine gedeihliche Zukunft des Landes und eine spätere positive Bewertung persönlicher politischer Leistungen könnten durchaus auch als Nutzen für einen Staatsmann gesehen werden.

Im letztgenannten Sinne bleibt neben einer anerkanntenswerten guten Figur auf internationalem Parkett nicht sehr viel von der „GroKo“ der 18. Legislaturperiode. Strukturelle Verbesserungen oder gar Reformen? Fehlanzeigen bei Steuertransparenz und -vereinfachung. Bund-Länder-Finanzen werden noch mehr zum undurchschaubaren Geldverschie-

bebahnhof. Arbeitsmarkt? Geht – noch, aber nicht wegen, sondern trotz der Regierung. Die deutschen Wettbewerbsvorteile auch durch die Agenda 2010 und lange Lohnzurückhaltung haben sich nach verständlichen Lohnsteigerungen und infolge neuer Regulierung einschließlich des Mindestlohns relativiert. Und natürlich bleibt, in mehrfacher Hinsicht, ein humanitärer Impetus, der im Hinblick auf den Nahen Osten nobel, in afrikanischer und sonstiger Hinsicht fragwürdig und in jedem Fall teuer ist. Die Hilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge war und ist richtig, eine fiskalische oder demographische Rendite bringt ungesteuerte Zuwanderung indes generell nicht. Im Schnitt sind diese Zuwanderer weniger qualifiziert, verdienen weniger, zahlen weniger Steuern, haben indes eine vergleichbare Lebenserwartung und das gleiche Risiko wie Deutsche, dritte Zähne oder eine neue Hüfte zu benötigen. Selbst, wenn sich 2015 nicht wiederholt, kommen bei optimistischen Grundannahmen als Folge der entsprechenden Zuwanderung mindestens 17 Milliarden Euro jährlich dauerhaft auf Haushalte, Steuer- und Beitragszahler zu – und belasten vornehmlich die Jüngeren unter ihnen, für die in den Bereichen Infrastruktur und Bildung mehr, aber trotzdem deutlich zu wenig unternommen wurde.

Die „schwarze Null“, eine Leistung aller Steuerzahler, der Großen Koalition mit dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und ein „Verdienst“ der Europäischen Zentralbank, wird also schwerer wiederholbar – dabei wäre genau das Voraussetzung dafür, Staatsschulden, zu deren Tilgung die Kraft nicht reicht, wenigstens relativ im Verhältnis zu einem wachsenden Bruttoinlandsprodukt abzuschmelzen. Leider jedoch hat die schwarz-rote Bundesregierung trotz Konsolidierung über die Einnahmeseite und Niedrigzinsen fiskalisch alles andere als nachhaltig gewirtschaftet. Es wurden in konjunkturell guter Zeit so viele strukturelle, anhaltende Mehrausgaben auf den Weg gebracht, dass spätestens der absehbare Flaschenhals ab 2020 zu deutlichen Einschnitten für die öffentlichen Haushalte führen dürfte.

Und das, ohne von einer möglichen wirtschaftlichen Eintrübung, von wieder steigenden Zinsen oder den ersten Griechenlandabschreibungen, vielleicht sogar dem zweiten Schuldenschnitt, zu reden. Auch nicht von den Kosten des „Brexit“ und den absehbaren Mehrausgaben für innere und äußere Sicherheit. Zudem wird sich schon bis 2020 der notwendige jährliche „Zuschuss“ aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung von 86,6 auf 100 Milliarden Euro erhöhen. Die Pensionslasten der Länder werden noch deutlicher ansteigen. In einem Land, in dem inzwischen über die Hälfte des Bundeshaushalts in den Bereich „Soziales“ fließt (vor gut 50 Jahren waren es 17 Prozent) und das dringend eines Sozialstaatsausbau-Moratoriums bedürfte, sind neben dem Rentenpaket 2014 zudem 2015/2016 teure Leistungsausweitungen in der Pflege auf den Weg gebracht worden – die Pflegeversicherung gab allein im ersten Halb-

62 [https://de.wikipedia.org/wiki/Homo\\_oeconomicus](https://de.wikipedia.org/wiki/Homo_oeconomicus), Stand vom 25.08.2017.

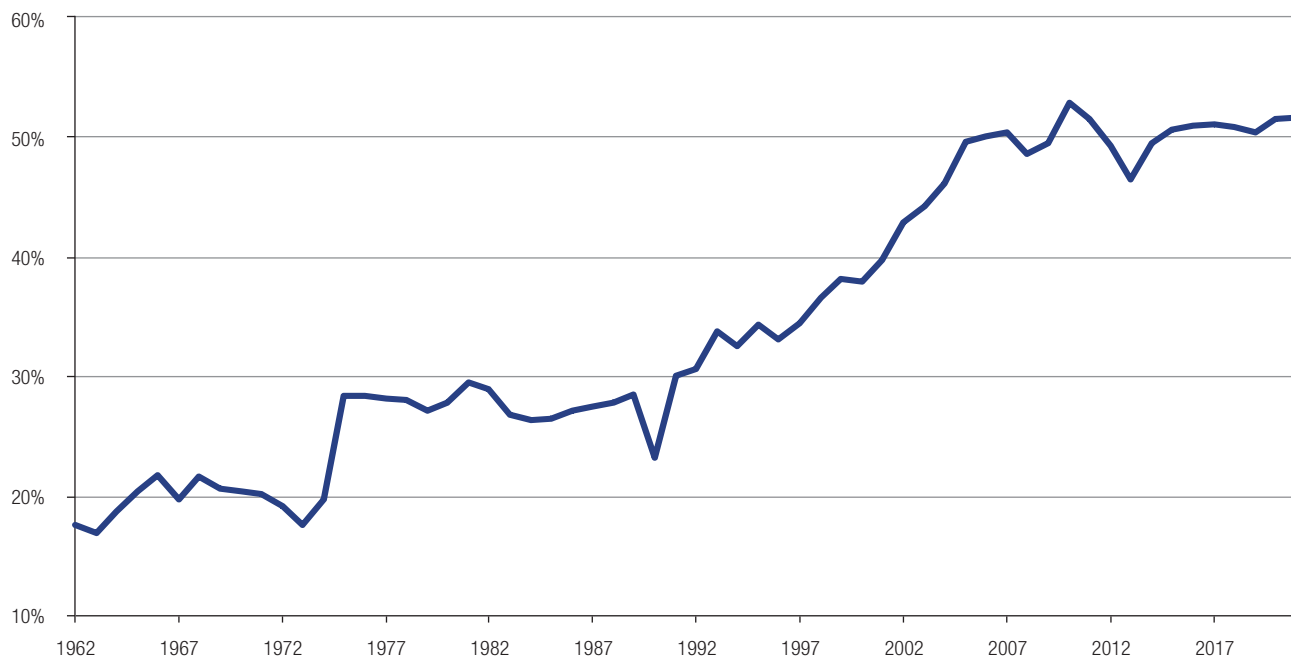


jahr 2017 5,5 Milliarden Euro mehr aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bundesregierung selbst schmückt sich eher mit der Expansion des Sozialstaats, als sie zu verschweigen: Dem Sozialbericht 2017 zufolge übersteigen

die Kosten für Rente, Gesundheit und Pflege 2021 erstmals die Grenze von einer Billion Euro und „wachsen sogar noch schneller als die boomende Wirtschaft“<sup>63</sup>. Nachhaltigkeit sieht anders aus – und die Rechnung kommt.

### Entwicklung des Anteils der Sozialausgaben\* am Bundeshaushalt (1962–2021)

Quellen: Bundesministerium der Finanzen (2017), Finanzbericht 2018 und Bundesministerium der Finanzen (2016), Finanzbericht 2017.



\* Ohne soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen.

Aller Voraussicht nach ist zutreffend, was das Magazin „Der Spiegel“ über eine Titelgeschichte zum demographischen Wandel stellte: „Es kommen härtere Jahre.“<sup>64</sup> Diejenigen, auf die sie zukommen, bzw. die die Rechnungen zu zahlen haben, waren in der Mitte der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 2015, unter 50 Jahre alt. Selbst haben sie vom Staat bzw. den sozialen Sicherungssystemen eher wenig(er) zu erwarten. Diese Generationenungerechtigkeit wird auch nicht dadurch kompensiert, dass in einer saturierten Wohlstandsgesellschaft ein Vielfaches mehr vererbt wird als in früheren Jahren: Lasten tragen alle Jüngeren mehr oder weniger gleichmäßig – geerbt wird nicht von allen, und wenn Erbschaften anfallen, dann in erster Linie für die Altersgruppe 50 plus und eher weniger gleichmäßig: Allenfalls Lastengerechtigkeit, aber noch weniger Chancengerechtigkeit – keine gute Grundlage für das weitere Gedeihen der Sozialen Marktwirtschaft.

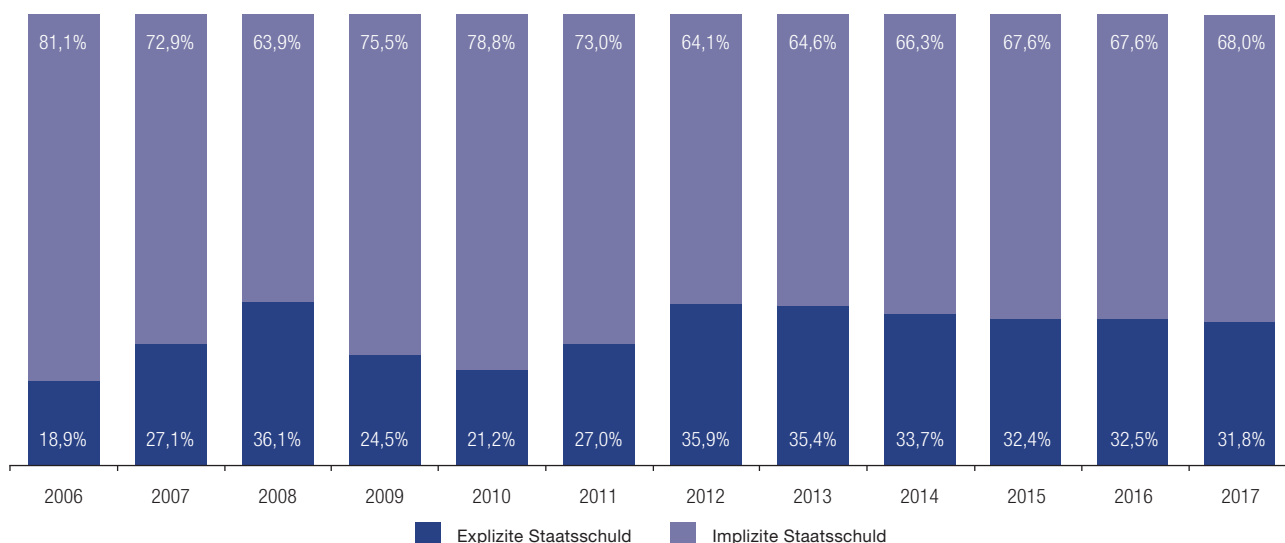
Ungeachtet der ohnehin schon ernüchternden Ausgangslage drohen sich die intergenerativen Gerechtigkeitslücken aufgrund des genannten demographischen Wandels und des höheren Wahlengagements der Älteren eher noch zu vergrößern als angegangen zu werden. Umso wichtiger ist es, die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme im Auge zu behalten und öffentlich zu thematisieren. Die Stiftung Marktwirtschaft berechnet genau aus diesem Grund seit 2006 jährlich die impliziten, sozusagen versteckten Schulden des Staates bzw. seine Verbindlichkeiten, die zu den offiziell ausgewiesenen (expliziten) Staatsschulden hinzukommen. Implizite Schulden sind vom Staat zugesagte bzw. aus geltenden Gesetzen resultierende zukünftige Ausgaben, denen keine Rückstellungen gegenüberstehen und die mit heutigen Steuer- und Beitragssätzen nicht dauerhaft finanzierbar sind.

63 Vgl. Handelsblatt vom 26.07.2017, S. 4.

64 Vgl. Der Spiegel vom 14.03.2015.

### Der Staat weist nur ein Drittel der Schulden aus – Impliziter und expliziter Teil der Staatsschulden im Zeitverlauf (in Prozent der Nachhaltigkeitslücke)

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



Ein Beispiel dafür sind Beamtenpensionen: Kurzfristig kommen Beamte dem Staat günstiger als Angestellte, da für Ersterer kaum Rückstellungen gebildet werden, für die Zweiteren aber in die Rentenversicherung eingezahlt werden muss. Wenig überraschend aber erreicht fast jeder Beamte irgendwann die Pensionsgrenze, sein Ruhestand ist dann fast ausschließlich aus Steuermitteln zu finanzieren. Fiskalisch stellen Beamte, von denen besonders die Länder viele aufweisen, bei allen Verdiensten eine absehbare Belastung für zukünftige Steuerzahler dar.

Die Transparenz bzw. Schuldenehrlichkeit des deutschen Staates hat jedenfalls auch in mehreren guten Jahren nicht zugenommen: Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen wiesen auch 2016 nur einen kleineren Teil ihrer Gesamtschulden so aus, wie es jedes Unternehmen tun müsste. Statt um die zwei Billionen Euro Schulden, wie immer wieder in den Raum gestellt wird, haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen in Deutschland

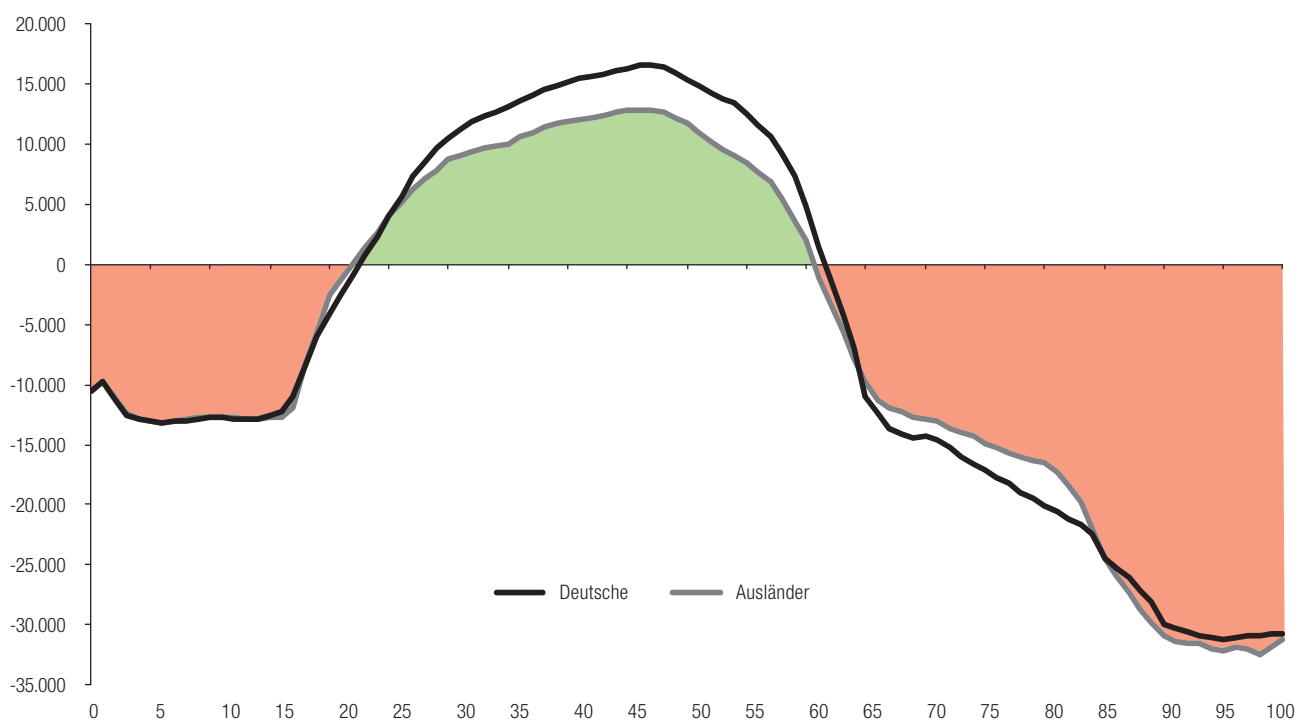
im Jahr 2017 6,8 Billionen Euro Schulden und Verbindlichkeiten, sogar etwas mehr als im Jahr zuvor.<sup>65</sup>

In welchem Ausmaß Generationengerechtigkeit in einer alternden Gesellschaft eine wachsende Herausforderung darstellt, ist unschwer auch dann zu erkennen, wenn man die Nettosteuerzahlungen der in Deutschland lebenden Bevölkerung betrachtet. Hierbei wird, sozusagen aus der Perspektive des Staates, für jede Altersgruppe bilanziert, ob und wie viel ihre Angehörigen im Durchschnitt mehr oder weniger an den Staat abgeben als sie an Leistungen erhalten. Aus rein fiskalischer Sicht beginnt der durchschnittliche Deutsche im Alter von 62 Jahren, mehr Leistungen zu bekommen als Steuern und Sozialabgaben abzuführen. Wenn ein immer größerer Teil der Bevölkerung sich jenseits dieser Altersgrenze bewegt und mit ihrer Wählermehrheit auch noch die Ausweitung entsprechender Zahlungen forciert, kann der Generationenvertrag kaum nachhaltig erfüllt werden.

65 Vgl. [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de), Foliensatz zum Pressegespräch am 12.07.2017 und Raffelhüschen et al. (2017).

### Altersspezifische Nettozahlungsprofile von Deutschen und Ausländern im Jahr 2014 (in Euro)

Quelle: Raffelhüschen et al. (2016).



Die in der Grafik abgebildeten Nettozahlungsprofile stellen dar, was der durchschnittliche Angehörige der jeweiligen Altersgruppe dem Staat/allen Bürger im Jahr 2014 per saldo zahlt (Steuern und Sozialbeiträge höher als Bildungs- und Gesundheitskosten, Renten und Sozialleistungen sowie Inanspruchnahme öffentlicher Güter) bzw. was er kostet. Dies ist eine rein fiskalische Betrachtung, zudem lassen die Durchschnittswerte keine Rückschlüsse auf Einzelfälle zu.

## 7 Ausblick

Zyniker könnten nach oberflächlicher Lektüre diese Schrift missverstehen und zu dem Schluss kommen, eine Bundestagswahl für sich entscheiden zu wollen, indem sie versprechen, die Mütterrente noch weiter auszubauen, eine Väterzusatzrente einzuführen, eine solidarische Grundrente von mindestens 1.000 Euro im Monat zu schaffen sowie für mehr als 45 Jahre lang Werktätige eine „No-Loss-Linie“ einzuziehen, die diesen ein Rentenniveau von 100 Prozent sichert.

Genau dieses Denkmuster sowie die daraus resultierende Generationenungerechtigkeit und Zukunftsvergessenheit gilt es anzugehen. Der Weg zu fairem und achtsamem, weil generationengerechterem und nachhaltigerem Handeln ist mühsam und bedarf viel fröhlicher Penetranz. Notwendig sind gewiss mehr Information, vor allem Kommunikation und Diskussion. Schnelle Fortschritte ohne die Not eines wirtschaftlichen Einbruchs oder einer krisenhaften politischen Zuspitzung dürfte es ebenso wenig geben wie einfache Rezepte.

*„Man darf die Mehrheit nicht mit der Wahrheit verwechseln.“*

Jean Cocteau

Ganz sicher kein Patentrezept ist eine gesetzliche Wahlpflicht. Sie wird in Deutschland immer wieder und besonders hingebungsvoll diskutiert, weil hierzulande die sogenannte „Input-Funktion“ von Wahlen im Vordergrund gesehen wird: Danach sorgen Wahlen in erster Linie für Artikulation, Legitimation, Repräsentation, und es wäre logischerweise ein Wahlbeteiligungsmaximum anzustreben. In zurückgehendem Wahlengagement wird deshalb eher als andernorts ein Krisenzeichen gesehen und den Bürgern die Teilnahme durch den Versand von Wahlbenachrichtigungskarten sowie die Briefwahlmöglichkeit so einfach wie möglich gemacht. Zudem soll es in deutschen Parlamenten besonders „gerecht“ zugehen und der Wählerinput an Parteienpräferenzen möglichst genau widerspiegelt werden, weswegen das Verhältniswahlrecht „gesetzt“ ist. All dies kann man auch anders sehen, und zwar so, wie in zwei der ältesten Demokratien, in Großbritannien und den USA. Dort wird mehr auf die „Output-Funktion“ abgehoben und ein „Beteiligungsoptimum“ angestrebt. Wichtig ist danach,

was bei Wahlen herauskommt, nämlich Machtzuweisung und klare Regierungsverantwortung. Briten und Amerikaner haben deshalb ein Mehrheitswahlrecht und betonen die Stimmabgabe weniger als moralische Verpflichtung – in den Vereinigten Staaten muss man sich sogar aktiv vor der Wahl in Wählerlisten eintragen, um am Wahltag überhaupt seine Stimme abgeben zu können. Niedrigeres Wahलगagement ist in den genannten Ländern Normalität – bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2016 wurde mit 60,2 Prozent der fünftbeste Wert seit den 1960er Jahren erreicht, bei der Bundestagswahl 2013 mit 71,5 Prozent der zweitschlechteste. Die langsame Angleichung deutschen Wahleifers an internationale „Gepflogenheiten“ und zunehmende Wahlenthaltung aus durchaus „profanen“ Gründen bzw. ohne Protestabsicht, z.B. wegen abnehmender Einbindung in Familien, Kirchen, Vereinen oder Gewerkschaften, wird in der Wahlforschung daher auch als „Normalisierung“ bezeichnet.

Neben der größeren Zurückhaltung Jüngerer bei Wahlen wird von Verfechtern der Krisenhypothese zunehmend die Tatsache, dass die Neigung zur Beteiligung „traditionell“ auch mit der formalen Bildung und mit dem Einkommen steigt, problematisiert und beim Nichtwählen zwischen einem Nicht-Wollen und Nicht-Können differenziert: „... ein bewusster Verzicht auf die Wahlteilnahme, 'weil ja eh alles nichts bringt', wäre gänzlich anders zu bewerten als ein freiwilliger Verzicht aus der Motivation heraus, dass alles gut laufe und kein korrigierender Eingriff nötig sei.“<sup>66</sup> Diese in Deutschland mit seiner niedrighschwelligem Beteiligungsmöglichkeit durchaus zu hinterfragende Trennung wird denn auch gerne aufgegriffen, um vermeintlichen Handlungsbedarf zu unterstreichen: „... die zunehmend gefühlte und tatsächliche soziale Ungleichheit wirkt politisch demobilisierend, weil der Einstellungs- und Wertewandel die soziale Spaltung nicht in Protest und Mobilisierung, sondern in Gleichgültigkeit und Apathie übersetzt. Die Nichtwahl ... ist keine freie Entscheidung mehr. Den politisch abgehängten sozialen Schichten steht zwar keine rechtliche, aber eine immense faktische Zugangsbeschränkung zur Wahlteilnahme entgegen.“<sup>67</sup>

Da also viele Menschen nicht für sich selbst sprechen könnten, bedürfe es eines Vertreters ihrer Interessen und eines Vater Staat, der sich noch mehr in einem Bereich engagiert, für den Deutschland so viel ausgibt wie nie zuvor und wie kaum ein anderes Land – die Sozialpolitik. Der Anwurf einer „Demokratie der Bessergestellten“ ist nicht ganz falsch, der Begriff der „Bessergestellten“ aber so irreführend relativ wie die „Armut“ in den entsprechenden Statistiken. Zudem zeichnen, wenn man nicht an die „faktischen Zugangsbeschränkungen“ glauben mag, für das genannte

Ergebnis eben auch die relativ „Schlechtergestellten“ durch ihre Abstinenz mitverantwortlich. Vor allem aber gilt selbst bei tatsächlich größerer Wahlenthaltung z.B. von Hartz-IV-Empfängern doch: Es gibt mehr wählende Angehörige unterer Einkommensgruppen als wählende Milliardäre und Millionäre. Sollten die „sozialen“ Schlussfolgerungen trotzdem ernst genommen werden, würden faktisch aber „Hilfsbedürftige“ gegen zukünftige Generationen ausgespielt, bei denen ein entsprechendes Korrektiv in der Zahl möglicher Wähler weniger zu erkennen ist: Angesichts der schon bestehenden Leistungen und Leistungsfähigkeit des Sozialstaats sowie der in die Zukunft verschobenen Lasten verdüstert jede weitere soziale Wohltat im Hier und Jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit Perspektiven Jüngerer für die Zukunft. Nach aller Erfahrung bestünde die Unterstützung Schwächerer eher in unmittelbarer finanzieller Unterstützung, weniger in Bildungsoffensiven und dem entschlossenen Angehen der in Deutschland zu wenig ausgeprägten Chancengerechtigkeit.

Für beide zu größerer Wahlabstinenz neigenden Gruppen – Jüngere wie sozial Schwächere – trifft ein Stück weit zu, was ein Wahlpflichtbefürworter so beschreibt: „Für die Demokratie besteht die Gefahr ungleicher Partizipation darin, dass die Politik sich an den Aktiven und Vernehmbaren orientiert, während die Passiven und Stillen übergangen werden.“<sup>68</sup> Im Gegensatz zu den Jüngeren, den „Ohnmächtigen“<sup>69</sup> und ihren Zukunftsinteressen aber haben in der Gegenwart schlechter Gestellte kraftvolle Lobbygruppen an ihrer Seite, teilweise auch mit motivationsstarken Eigeninteressen. Der Kampf gegen „Armut“ wird jedenfalls mit ganz anderer Lautstärke und Intensität geführt, während eigentlich mehr die tatsächlich weitaus weniger vernehmbaren Jüngeren politischen Rückhalts bedürfen.

Oft genug ist die Forderung zu vernehmen, mehr zur Wahlenthaltung tendierende Gruppen durch eine Wahlpflicht zur Abstimmung zu „bewegen“ und damit eine den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen näherkommende Artikulation herbeizuführen. Dies bleibt ein Irrweg, erst recht dann, wenn man die Stimmabgabe nicht nur auf dem Papier vorschreibe, sondern Wahlverweigerung auch tatsächlich zumindest als Ordnungswidrigkeit sanktionierte: Ein besseres Förderprogramm für Protestparteien könnte es gar nicht geben. Wer etwas ändern und sich ausdrücken will, sollte und wird freiwillig zur Wahl gehen.

Durchaus diskutabel scheint ein Elternwahlrecht, das den Eltern von Geburt bis zur Volljährigkeit eines Kindes/Jugendlichen eine zusätzliche Stimme einräumt. Es wäre möglicherweise zumindest im Sinne demographischer Fortschritte und größerer Generationengerechtigkeit von

66 Faas (2012), S. 409-410.

67 Haußner et al. (2015), vgl. auch [www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/) mit einer Wahlanalyse vom 04.09.2015: „Der typische Nichtwähler kommt aus sozial schwachem Niveau“.

68 Armin Schäfer in: FAZ vom 09.11.2015, S. 8.

69 Der Spiegel vom 09.07.2016, S. 64.

gewissem Erfolg gekrönt. Den zentralen Grundsatz freier und gleicher Wahlen, „one man, one vote“, könnte man bei gewisser Biagsamkeit dabei noch als gerade eben gewahrt erachten. Gleichwohl kommt es zu anderen problematischen Fragen bei einer möglichen Umsetzung: Welcher Elternteil entscheidet insbesondere im Trennungsfall? Wie verhält es bzw. man sich bei unterschiedlichen Nationalitäten? Wiegen die Verheißungen den Nachteil einer faktisch unterschiedlichen Stimmengewichtung zwischen den Wählern mit Kind(ern) und ohne auf?

Ein Weg, Aspekte der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit verstärkt berücksichtigt zu sehen, führt deshalb über eine erhöhte Mobilisierung jüngerer Wahlberechtigter. Eben nicht durch Zwang, sondern durch Ansprache. Gewecktes Interesse und geschärftes Bewusstsein sind geeigneter als „Wahltechnik“ und formale Neuerungen: Wer sich nicht um die Inhalte schert, gibt auch kaum im Supermarkt oder am PC seine Stimme ab. Das Wahlrecht mit 16 Jahren, das die Beteiligungskurve zeitlich verschiebt, aber kaum „höher legen“ dürfte, kann ebenso unter Aktionismus subsummiert werden wie die Bündelung von Landtagswahlen: Zu viele Wahltermine überfordern angeblich die Menschen – weniger wichtig scheint zu sein, dass so konzentrierte Landtagswahlen zu einer „Bundesnebenwahl“ verkämen. Weiter führt dagegen der Vorschlag, über die Parteienfinanzierung und durch Einführung eines Wahlbeteiligungsbonus den Parteien neue Anreize zur Mobilisierung zu geben. Mehr Wahlbeteiligung bedeutete mehr Geld – ein spannender Gedanke.<sup>70</sup>

Am geeignetsten und mit den geringsten Nebenwirkungen verbunden bleibt es, wahlberechtigte und politisch eher lethargische Jüngere in geeigneter, sprich moderner Weise anzusprechen. Das mag mit Hilfe „Sozialer Medien“ besser gelingen als im Schulunterricht, durch originelle Kampagnen und eben immer wieder und oft mühsam durch persönliche „Überzeugungsarbeit“. Eine einschneidende Erfahrung kann auch maßgeblicher Treiber für Veränderungen sein: Ein knappes Jahr nach dem „Brexit-Votum“ vor allem der Älteren haben sich in Großbritannien wesentlich mehr Jüngere an der Parlamentswahl im Juni 2017 beteiligt – und mit ihrem starken Votum für die Labour-Partei dazu beigetragen, dass die Chancen eines „Soft Brexit“ gestiegen sind. In Frankreich haben sich im Frühjahr 2017 ebenfalls viele Jüngere in Marsch gesetzt, für Veränderung und neue Chancen.

Warum sollten nicht auch in Deutschland mehr Jüngere aufwachen? Anders als vor 30 oder 40 Jahren können sie

es sich heute schlichtweg nicht mehr erlauben, das scheinbar weit entfernt liegende Thema „Rente“ zu ignorieren oder in der oft zu vernehmenden resignativen Einstellung zu verharren, sie hätten ohnehin nichts zu erwarten: „Die Jungen müssen kämpfen lernen.“<sup>71</sup> Exit bzw. Flucht wäre die falsche Strategie, auch wenn sie sich bei „betriebswirtschaftlicher“ Kalkulation fast aufdrängt. Tatsächlich könnten sich Jüngere angesichts des deutschen Rekordniveaus an Belastung durch Steuern und Sozialabgaben auf der einen Seite und der geringen Aussicht auf einen „Return on investment“ im Alter auf der anderen durchaus Gedanken machen: „Wenn sich ... das Gefühl breitmacht, dass es sich nicht mehr lohnt, für den Ruhestand der Baby-Boomer zu schuffen, droht eine neue Wanderungsbewegung – von vornehmlich gut ausgebildeten jungen Menschen, die ihre Zukunft jenseits der Grenzen suchen. Deutschland sähe reichlich alt aus.“<sup>72</sup> Indem Jüngere auch denen, die vielleicht an der Verschlechterung der Rahmenbedingungen für sie mitgewirkt haben, sozusagen durch den Wegfall ihrer Steuern und Sozialbeiträge Finanzierungsgrundlagen entziehen, wäre aber letztlich niemandem geholfen.

Wie so oft: Es geht nur miteinander. Dies umso mehr, als selbst dann, wenn Jüngere wesentlich stärker an Wahlen teilnahmen, es auf Jahrzehnte doch zumindest bei einer gewissen Dominanz älterer Wähler bliebe. Mehrheit ist Mehrheit in einer Demokratie, aber Mehrheitsansichten können sich wandeln. Offene und im Sinne dieser Publikation mit einiger Hoffnung verbundene Fragen sind: Wählen die gleichen Älteren, von denen so viele ihre Kinder und noch mehr Enkel gerne umsorgen und bedenken, tatsächlich als so relativ geschlossener und auf materielle Vorteile z.B. in Form höherer Renten fixierter Block? Sehen sie nicht, dass, wenn sie vom Staat mehr fordern, im Zweifel ihre Kinder zahlen und möglicherweise ihre Enkel unter den Folgelasten leiden?

Die Betrachtung deutscher Wahlergebnisse aus mehreren Jahrzehnten und viele Befragungen legen einen starken Zusammenhang zwischen Alter, bevorzugten Themen und Wahlentscheidung nahe. Gleichwohl scheint sich auch manches insbesondere bei den „neuen Alten“ zu bewegen. Zudem gibt es vorsichtige Hinweise darauf, dass das „chronologische Alter“ gegenüber anderen Faktoren wie z.B. der Familiensituation und Bildung als Determinante etwas an Bedeutung verliert.<sup>73</sup> Überhaupt seien die politischen Einstellungen der Älteren „weniger vom Alter abhängig und viel stärker von der Elternschaft. ... Wir haben so eine Als-ob-Macht der Senioren, die die Mandatsträger in der Regel unterstellen oder antizipieren als Macht, die auf Nichtverände-

70 Vgl. Die Welt vom 22.02.2016, S. 2, und [www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=5031](http://www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=5031).

71 Franz Müntefering in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10.07.2016, S. 27.

72 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.03.2017, S. 17.

73 Vgl. Mahne et al. (2016).

rung aus ist. Und es wurde übersehen, dass die Ressource durchaus eine andere sein kann, wenn man die Themen so anpackt und sie enkelfähig präsentiert, dass man mit dieser Generation auch eine Dynamik auslösen kann.<sup>74</sup> Vielleicht sind Ältere doch weitaus ansprechbarer für Veränderungen und sollte man sie entsprechend in die Pflicht nehmen? Vielleicht muss Roman Herzogs „Rentner-Demokratie“ nicht zwingend eine „Rentenerhöhungs-Demokratie“ sein? Hätte man 2013 die Rentengaben nicht als „Freibier für alle Älteren“ erscheinen lassen, sondern auch deren Finanzierung und Tragbarkeit mit und zwischen den Generationen diskutiert, wären der Wahlkampf anspruchsvoller und das Wahlergebnis vielleicht gar nicht anders ausgefallen, die Zukunftsaussichten Jüngerer allerdings deutlich besser. Als positives und beispielgebendes Signal ist jedoch zu würdigen, dass wenigstens nach der Wahl ein offener Dialog stattfand, unter anderem angestoßen von der Arbeits- und Sozialministerin Nahles, die bei der Beratung über Rentenmaßnahmen explizit auch die Jugendorganisationen der Parteien einband.

Die Interessenkonflikte zwischen den Generationen werden in den kommenden Jahren virulenter werden, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für alle gemeinsam könnten sich schnell verschlechtern. Umso mehr führen nur Dialog und Ausgleich weiter, wozu es allerdings auch einer vernehmbaren Interessenvertretung Jüngerer bedarf und einer noch weitergehenden Zusammenarbeit jüngerer Politiker zum Beispiel über Fraktionsgrenzen hinweg im Deutschen Bundestag. All das sollte möglich sein, ohne Anlässe zu liefern, von einem „Krieg der Generationen“ zu sprechen. Man kann auch frei von Beschimpfungen der Art debattieren, wie man sie nach dem von Älteren entschiedenen „Brexit“ in manchen Kommentaren lesen konnte. Und so hilfreich eine „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ schon durch ihre bloße Existenz wirkt, so wenig nützen in der Sache, mediale Vermarktungschancen hin oder her, Buchtitel wie „Alte Säcke Politik“. Stattdessen könnte ein zwar anspruchsvoller, aber besserer Weg zu mehr Nachhaltigkeit und einem fairen Miteinander der Generationen so aussehen: Erstens verschlechtern die Jüngerer ihre eigenen Zukunftsaussichten nicht mehr durch Abwesenheit am Wahltag. Zweitens sprechen die Generationen mehr miteinander – die heutigen Rentner, die eine ordentliche Rente für ihre Lebensleistung

verdient haben, sind keine Egomanen, sondern meistens auch Eltern und Großeltern, denen die Zukunft der Nachkommen nicht egal ist. Drittens: Die Parteien überbieten sich nicht dabei, bequem Ältere gegen Jüngere auszuspielen, weil der Nutzen von Rentengeschenken sofort da ist, die Kosten aber erst später anfallen. Stattdessen konzentrieren sie sich auf Nachhaltigeres: Bildung, Infrastruktur, Vorbeugung neuer Altersarmut in 10 bis 15 Jahren und neuen Schwung für ein subsidiäres, vielfältiges und wettbewerbsorientiertes Europa, das Freiheit, Frieden und Wohlstand sichert – für alle Generationen!

Des Weiteren, auch hier geht es um „Wohlstand für alle“, Jung und Alt: Wo immer es sinnvoll möglich ist, sollten Innovationen und Innovationsfähigkeit gefördert werden. Was der Arbeitsmarktpartizipation im Wege steht, wie z.B. Anreize zur Frühverrentung, ist zu hinterfragen und Zuwanderung durch ein entsprechendes Gesetz zu steuern. Wachstumschancen sollten ergriffen werden: Die Spielräume, sich in gleich mehreren Bereichen Technologiefeindlichkeit zu erlauben oder Leistung zu bestrafen statt sie zu ermutigen, hat Deutschland nicht mehr. Den mehr als ansehnlichen und überaus teuren Sozialstaat noch weiter auszubauen, sollte sich auch wegen der ohnehin schon in die Zukunft verlegten Lasten heutiger Beschlüsse eigentlich verbieten, vom maximalen Unsinn eines Grundeinkommens gar nicht zu sprechen. Deutschland braucht nicht Stilllegungsprämien für die Menschen, sondern Chancengerechtigkeit, Leistungsanreize und ihre Aktivierung – gerne auch noch flexibler, wo möglich und gewünscht, im höheren Alter. Eine Berücksichtigung steigender Lebenserwartung und gesteigerten gesundheitlichen Wohlbefindens im Alter bei der Renteneintrittsgrenze ist mehr als notwendig – allen wäre geholfen und den schon im Ruhestand Befindlichen nichts genommen. Die Rente mit 70 gab es schon in Deutschland, als die Lebenserwartung nicht einmal die Hälfte heutiger Jahre betrug. Was damals ein fast zynisches Versprechen war, ist heute ein Gebot der Vernunft – wie so vieles andere in einem saturierten, alternden Land, in dem jüngere und kommende Generationen ähnlich gute Chancen und Rahmenbedingungen vorfinden und Perspektiven haben sollten wie die Älteren. Wie sagte doch Bertolt Brecht: „Nichts ist so schwer wie der Weg zurück zur Vernunft“. Wir sollten ihn schnell beschreiten.

*„Der schlechten Prognose den Vorrang zu geben gegenüber der guten, ist verantwortungsbewusstes Handeln im Hinblick auf zukünftige Generationen. ... Die Unheilsprophezeiung wird gemacht, um ihr Eintreffen zu verhüten.“*

Hans Jonas

74 Karl-Rudolf Korte, Tagung der Stiftung Marktwirtschaft „Alternde Gesellschaft, alt aussehende Politik“ vom 14.06.2017.

## Literatur

**Brasche, Ulrich und Susanne Wieland** (2000), Alter und Innovation: Befunde aus der Beschäftigtenstatistik, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2000, S. 124-141.

**Der Bundeswahlleiter** (2015), Ergebnisse früherer Bundestagswahlen, Stand: 3. August 2015, Wiesbaden.

**Der Bundeswahlleiter** (2014), Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden.

**Dittrich, Karl-Heinz** (1986), Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Deutung längerfristiger Einstellungs- und Verhaltensänderungen am Beispiel ausgewählter Schwerpunktbereiche der empirischen Wertforschung, Sankt Augustin.

**Eilfort, Michael** (2013), In der Hand der Nichtwähler, Handelsblatt, 14.08.2013.

**Eilfort, Michael** (2009), Liebe Bürger! Wahlprüfsteine für den demokratischen Souverän, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 109, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Eilfort, Michael** (1994), Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn.

**Faas, Thorsten** (2012), Thinking about Wahlpflicht: Anmerkungen zu einer überfälligen Diskussion, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jahrgang 22, Heft 3.

**Faltermaier, Toni; Mayring, Phillipp und Winfried Saup** (2002), Entwicklungspsychologie des Erwachsenenalters, Stuttgart.

**Gründinger, Wolfgang** (2016), Alte Säcke Politik, Wie wir unsere Zukunft verspielen, Gütersloh.

**Güllner, Manfred** (2013), Nichtwähler in Deutschland, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

**Haußner, Stefan; Kaeding, Michael und Morten Pieper** (2015), Die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung: Demokratie der Bessergestellten, unter <http://regierungsforschung.de/die-soziale-schieflage-der-wahlbeteiligung/>, Stand vom 20.04.2017.

**Hornig, Eike-Christian und Jan-Bernd Baumann** (2013), Politik und Wirtschaft im Zeichen des Bürgerprotestes. Das Beispiel des Frankfurter Flughafens, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 120, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Jones, Benjamin F.** (2010), Age and great inventions, Review of Economic and Statistics, 92(1), S. 1-14.

**Kochskämper, Susanna und Judith Niehues** (2017), Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter, IW-Trends, 44. Jahrgang, Heft 1.2017, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln, S. 117-133.

**Kronberger Kreis** (2017), Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik, Schriftenreihe Band 64, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Lehr, Ursula** (2006), Psychologie des Alterns, Ausgabe 11, Wiesbaden.

**Mahne, Katharine; Simonson, Julia; Tesch-Römer, Clemens und Julia Wolff** (2016), Altern im Wandel, Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey, Berlin.

**Massing, Peter (Hrsg.)** (2017), Wutbürger, Sommerausgabe der Zeitschrift Politikum, Schwalbach/Taunus.

**Raffelhüschen, Bernd; Bahnsen, Lewe und Gerrit Manthei** (2017), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz, Update 2017, Nachhaltigkeit im Klammergriff des Wahlkampfes, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 138, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Raffelhüschen, Bernd; Bahnsen, Lewe und Gerrit Manthei** (2016), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Zur fiskalischen Dividende der Zuwanderung, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 135, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Raffelhüschen, Bernd und Stefan Moog** (2014), Alte Gewinner und junge Verlierer: Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2014, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 127, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Statistisches Bundesamt** (2016), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, Fachserie 1, Reihe 1.3 – 2013, Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt** (2015), Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Ergebnisse der 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

**Stiftung Marktwirtschaft** (2016), „Blickpunkt Marktwirtschaft“, Heft 1, Berlin.

**Stiftung Marktwirtschaft** (2013), Die Rente ist sicher – aber für wen? Strategien gegen Altersarmut jenseits einer Rente nach Bedürftigkeit, Bericht über die Tagung am 20. März im Deutschen Bundestag, Berlin.

**Walter, Franz** (2013), Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft, in: Walter, F. et al. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger: Was motiviert die Protestbewegungen?, Hamburg.

## Zusammenfassung

1. Die Neigung zur Wahlbeteiligung steigt traditionell mit dem Alter: Die eifrigsten Wähler sind die 60- bis 70-Jährigen, die wahlfaulsten Wahlberechtigten die 18- bis 30-Jährigen. Der Trend abnehmender Beteiligungswerte wirkte sich seit 1983 stärker bei Jüngeren aus, die Differenz im Wahlengagement hat sich annähernd verdoppelt.
2. Deutschland ist ein in besonderem Maß alterndes Land und hat dank der Baby-Boomer eine schon auslaufende „demographische Atempause“. Der nächste dramatische Alterungsschub erfolgt zwischen 2025 und 2035: Kommen heute 35 über 65-Jährige auf 100 20- bis 64-Jährige, werden es 2040 60 über 65-Jährige sein.
3. Dies wirkt sich stark nicht nur auf die sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Haushalte, sondern weit darüber hinaus auf Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt auf Wahlen aus: Spätestens bei der Bundestagswahl 2021 wird mehr als die Hälfte der Wähler (nicht der Wahlberechtigten!) über 55 Jahre alt sein.
4. In der Mitte des sechsten Lebensjahrzehnts findet beim größeren Teil der Menschen ein schleichender Paradigmenwechsel statt: Sie haben mehr zu verlieren als zu gewinnen, sehen eher Risiken als Chancen, setzen tendenziell mehr auf Status quo, Bewahrung und Sicherheit als auf Wandel, Innovation und Dynamik.
5. Mit der Zahl der 30- bis 44-Jährigen als ihre wesentlichen Antreiber nehmen Innovationsfähigkeit und Unternehmensgründungen ab, sinkt tendenziell auch die Risikobereitschaft und verringern sich Chancen für zukünftiges Wachstum.
6. Infrastrukturverbesserungen lassen sich in einem alternden Land nur mehr schwer realisieren. Widerstand gegen entsprechende Projekte wird vor allem von älteren Wutbürgern getragen, die eher Unbillen und Einschränkungen der Gegenwart sehen als sich für die mit einem Projekt verbundenen Zukunftschancen zu interessieren.
7. Auch in anderen Ländern entscheiden Ältere Abstimmungen, zuletzt in Polen, Großbritannien und den USA aber eher im Sinne der Verklärung der Vergangenheit. Im saturierten Deutschland geht es eher um die Verewigung der Gegenwart, wird Stillstand als Verheißung gesehen.
8. Seit 2008 gab es in Deutschland keine angebotsorientierten, auf Wachstum und neue Zukunftschancen ausgerichtete Strukturreformen – sehr wohl aber mit sofortigem Nutzen verbundene, eher konsumtive Veränderungen – und nach 2009 und vor allem 2013 in 2017 den dritten Rentenwahlkampf in Folge.
9. Lasten der Vergangenheit und neue, teure Beschlüsse der Großen Koalition 2013 bis 2017 wirken als implizite, versteckte Schulden in die Zukunft und belasten kommende Generationen über Gebühr. Von fiskalischer Nachhaltigkeit ist Deutschland weiter entfernt als es „schwarze Nullen“ vermuten lassen.
10. Eine Verlängerung der Politik der Gegenwart reicht selbst bei weiter günstigen Rahmenbedingungen nicht aus, um die Zukunft zu gewinnen. Nötig sind insbesondere mehr Innovation, mehr Arbeitsmarktpartizipation auch in höherem Alter, eine Verbesserung der Infrastruktur und ein Sozialstaats-Moratorium.



**Für Fernziele, Fun,  
Fußball und Fummel  
setzt Ihr alles in Bewegung.**



**Aber für 4 Jahre Deutschland  
bekommt Ihr nicht einmal  
den Hintern hoch?**

**Wählen gehen!**